

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2018



**UNSERE
ZUKUNFT
HAT
SCHON
BEGonnen**

Das Christliche
Umweltseminar Rötha und
die Umgestaltung des
Leipziger Südraums

**REFORM
PROTEST
UMGESTALTUNG
ZUKUNFT**

Eine Wanderausstellung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V.

ABWL Archiv
Bürgerbewegung
Leipzig e.V.

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Regelbedarfsstufen 2018

Das Ende des Prager Frühlings

Der Bahro-Prozeß

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Anspruch auf die ganze Wahrheit
SED-Geld für Diktatur-Aufarbeitung verwenden
Anzeige
Information

Recht

- 4 Regelbedarfsstufen 2018
Notwendige Vorkehrungen

International

- 5 Rumänischer Staatspräsident empfing Inter-Asso
Tübinger Menschenrechtspreis 2018

Prager Frühling

- 6 Das Ende des Prager Frühlings
7 Brief der Warschauer Gipfelkonferenz
Die Breschnew-Doktrin

Geschichte

- 8 Mit so viel Hoffnung...
9 Ein Philosoph gegen die Staatssicherheit

Berichte

- 10 „Veranstaltungen wie diese...“
Würdiges Gedenken in Chemnitz
11 Grausame Schicksale
12 Bahn AG würdigt Häftlingszwangsarbeit in Ausstellung
Bis ins dritte und vierte Glied...
13 Kinder in Geiselhaft

Verbände

- 14 Einladung
Meinung: Erwidern
15 Kooperative Gedenkveranstaltung
Abschied

Zeitzeugen

- 16 „Flucht“ nach Nowgorod

Service/Bücher

- 17 Die Oderberger Straße
18 Voll daneben
19 Sigurd Binski

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Plakat der neuen Wanderausstellung des Archivs
Bürgerbewegung Leipzig e.V. Die Schau thematisiert
die verfehlte Umweltpolitik und die massive Zerstörung
des Lebensraumes in der DDR, aber auch das
zivilgesellschaftliche Engagement dagegen.
(Näheres zur Ausstellung in der nächsten Ausgabe.)

Editorial

Wo uns der Schuh drückt

Dank und Aufforderung an die Landesbeauftragten zur
Aufarbeitung des SED-Unrechts in den neuen Ländern

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ja, die Landesbeauftragten für die Aufarbeitung des SED-Unrechts in den neuen Ländern leisten gute Arbeit und sind Ansprechpartner bei zahlreichen Anliegen der Geschädigten der SED-Diktatur. Es bleibt jedoch in Nachbetrachtung des letzten Bundeskongresses der Landesbeauftragten in Potsdam auch festzustellen, daß wichtige Themen nur gestreift werden und so nach Empfinden der teilnehmenden Opferverbände zu wenig Raum ist, um im Gespräch zu erläutern, wo uns „der Schuh drückt“.

Während des Bundeskongresses wurde deshalb durch die Geschäftsführerin des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V., Sylvia Wähling, ein Appell an die Landesbeauftragten zur Unterschrift herumgereicht, der nachfolgende Forderungen bzw. Bitten enthält:

1. Die Verwendung der PMO-Mittel, das sind die Mittel, die aus dem „Vermögen“ der SED und der Massenorganisationen der DDR stammten, sollten zielgerichteter für die SED-Opfer eingesetzt werden.
2. Bessere Aufklärung über die Forschungsarbeit zu Zwangsadoptionen bei politischer Verfolgung, Ausreise, politischer Haft und Opfern des § 249 sowie Insassinnen und Insassen von Jugendwerkhöfen.
3. Öffentliche Anerkennung der NKWD-Opfer sowie Befreiung von der Stigmatisierung als Naziverbrecher. Dies betrifft insbesondere das ehemalige KZ Sachsenhausen, in dem unter so-

wjetischer Herrschaft Tausende Menschen unschuldig inhaftiert wurden.

4. Ein deutliches Zeichen zur Entfristung von Entschädigung und Aufarbeitung wird gewünscht.
5. Parteinahme der Landesbeauftragten mit der Forderung, endlich gesundheitliche Schädigungen aus politischer DDR-Haft anzuerkennen.
6. Eine Lösung für die notwendige Entschädigung von der Zwangsarbeit politischer Häftlinge.
7. Aufklärung über die Klagen von Müttern über die angebliche Adoption von für totgeboren erklärten Kindern und eine angemessene Entschädigung für die Zwangsausgesiedelten für den zu Unrecht erlittenen seelischen und materiellen Schaden durch die Vertreibung.

Diese Forderungen und Wünsche sind alle einleuchtend und begründet, aber um sie Realität werden zu lassen, ist es notwendig, eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Die Meinung unserer Landesbeauftragten hat Gewicht in Gesellschaft und Politik. Deshalb wäre es gut und wichtig, wenn die Landesbeauftragten nicht nur weiterhin qualifizierte Beratungen anbieten und zu Workshops einladen, sondern wenn sie sich ganz konkret untereinander verständigen, um unsere Forderungen zu den ihren zu machen.

Dennoch bleibt es dabei, daß den Landesbeauftragten für ihre Arbeit zu danken ist.

Mit besten Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Petition unterzeichnen!

Die gemeinsame Petition von UOKG, VOS und IEDF „Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR“ (s. Ausg. 4/2018 u. 5/2018) ist seit dem 17. Juli 2018 online zur Mitunterzeichnung abrufbar. Hier der Link: https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2018/_06/_26/Petition_81823.html

Die Petition steht bis einschließlich 13. August online, nicht einen Tag länger.

J. Holdefleiß, IEDF

Anspruch auf die ganze Wahrheit

(uokg) Mitte Juli hat die Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion unter anderem zur Digitalisierung der Stasi-Unterlagen geantwortet. Demnach würde eine vollständige Digitalisierung aller Aktenbestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR einschließlich des Archivs von Audio- und Videoaufnahmen sowie von

Fotos schätzungsweise 253 Millionen Euro kosten. Hinzu kämen etwa 50 Millionen für den Aufbau und die laufende Unterhaltung eines digitalen Magazins.

Der derzeitige Stand der Digitalisierung liege bei dem Schriftgut gerade einmal bei 0,2 Prozent. Bei den Tondokumenten seien es schon 53 Prozent.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG sagte dazu: „Von Hunderttausenden Opfern von SED und Stasi wird die Aufarbeitung des Unrechts der zweiten Deutschen Diktatur eher als Gedenkstättenkultur empfunden. Die Opfer von SED und Stasi haben einen Anspruch auf die ganze Wahrheit. Für alles ist Geld da, für die Aufklärung des SED-Unrechts offensichtlich nicht. Das ist frustrierend für die Opfer!“ 

SED-Geld für Diktatur-Aufarbeitung verwenden

(bb) Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, will Gelder aus dem SED-Vermögen zur Aufklärung über die Diktatur verwenden. Vorschläge wie Investitionen in öffentliche Grillanlagen oder die Sanierung von Fassaden mit diesen Mitteln sehe er kritisch, teilte der Berliner Beauftragte Anfang Juli mit.

Laut Sello bekommt Berlin ca. 15. Millionen aus dem Vermögen der früheren Staatspartei SED. Welche Projekte unterstützt werden, beschließt der Senat voraussichtlich im Juli. Die sechs Stadtbezirke im Osten Berlins sowie andere öffentliche Stellen konnten Vorschläge für die Verwendung der Gelder einreichen.

Sello verwies darauf, daß wichtige Vorhaben der Aufarbeitung seit Jahren nicht oder nur schleppend vorankämen, so der Umbau des DDR-Polizeigefängnisses in der Keibelstraße zum Museum oder die Entwicklung der einstigen Stasi-Zentrale in Lichtenberg zum Campus für Demokratie. 

Anzeige

3.9.18, Potsdam: Bündnisgrünes Fachgespräch zur Zukunft der Brandenburger BStU-Außenstelle

Ob Brandenburgs einzige verbliebene BStU-Außenstelle in Frankfurt (Oder) erhalten bleiben wird, ist trotz deren hervorragender Arbeit derzeit unklar. Gründe hierfür sind u.a. Standortnachteile: Das Archiv befindet sich außerhalb des Stadtzentrums, und es ist kein historischer Ort. Für die langfristige, archivgerechte Lagerung der Unterlagen müßte der Bundestag jedoch der

Investition eines zweistelligen Millionen-Betrags zustimmen.

Diskutiert werden nun die Ausbaufähigkeit von Frankfurt sowie ein Umzug nach Cottbus zum dortigen Menschenrechtszentrum. Hierbei geht es nicht nur um die Akten; ausschlaggebend für die Entscheidung dürfte auch die konzeptionelle Einbindung der Außenstelle in die

regionale Gedenkstätten-, Bildungs- und Forschungs- und Archivlandschaft sein.

Am Montag, 3.9.18, 18.30 Uhr, veranstaltet die bündnisgrüne Landtagsfraktion zu diesen Fragen ein Fachgespräch im Brandenburger Landtag u.a. unter Beteiligung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) Roland Jahn sowie Maria Nooke, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD).

Infos & Anmeldung: <https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/Stasi-Unterlagen/>

Information zu einem Forschungsvorhaben

Wo ist mein Kind?

Aufarbeitung von Situationen aus den 1970er und 1980er Jahren in Sachsen-Anhalt, bei denen Eltern vermuten, daß ihnen der Tod ihres neugeborenen Kindes nach der Geburt vorge-tauscht wurde.

Birgit Neumann-Becker: In diesem Forschungsprojekt geht es um die Aufarbeitung der schweren und häufig lebenslang prägenden Erfahrung, ein Kind verloren zu haben. Seit einigen Jahren kommen Frauen auf die Landesbeauftragte zu, die der Information keinen Glauben (mehr) schenken, ihr Kind sei vor, während oder nach der Geburt verstorben. Diese Frauen haben meist in den 1970er oder 1980er Jahren in der DDR ihr Kind entbunden. Heute stellen eine Reihe der betroffenen Frauen diese Information in Frage. Sie halten für möglich, daß ihr Kind nicht gestorben ist, sondern lebt und nicht über seine Herkunft informiert ist. In unserem Forschungsprojekt sollen diese Fragen unter medizinhistorischen Aspekten in einem Pilotprojekt umfassend aufgearbeitet werden.

Zur Teilnahme an diesem Forschungsprojekt können sich betroffene Familien, deren Kinder in Mitteldeutschland geboren wurden, an die Landesbeauftragte wenden.

Wie ist die Forschungsmethode?

In unserem Pilotprojekt wird ein Zeitzeugengespräch geführt, das aufgezeichnet und wissenschaftlich ausgewertet wird. Außerdem ist es wichtig, daß die Wissenschaftler umfassend Einsicht in vorhandene Akten und Protokolle nehmen können. Jede einzelne vorgetragene Situation wird grundlegend analysiert und dabei die in der DDR gesetzlich vorgeschriebenen normativen Standards und medizinischen Möglichkeiten berücksichtigt.

Wer führt das Projekt durch?

Professor Dr. Florian Steger, Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm

Wenn Sie Rückfragen haben bzw. teilnehmen möchten, wenden Sie sich bitte an die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tel. (03 91) 560-15 01.

Regelbedarfsstufen 2018

Voraussetzungen für die Gewährung entsprechender Leistungen

Die Opferrente beläuft sich seit dem 1. Januar 2015 auf monatlich bis zu 300 € für ehemalige politische Häftlinge, die insgesamt mindestens eine 180tägige Freiheitsentziehung erlitten haben, soweit sie in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Die Rente wird ausschließlich auf Antrag gewährt. Die Zahlung erfolgt monatlich im Voraus, beginnend mit dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Voraussetzung dafür ist eine strafrechtliche Rehabilitation oder eine Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 HHG. Die Opferrente kann auch dann beantragt werden, wenn die strafrechtliche

Rehabilitation bereits beantragt ist, aber noch nicht vorliegt. Der Anspruch auf Gewährung bzw. Nachgewährung beginnt dann ebenfalls ab dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat.

Eine besondere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage besteht, wenn bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Maßgeblich für die Bemessung der Einkommensgrenze ist die Regelbedarfsstufe 1. Mit der Anpassung dieser Regelbedarfsstufe für das Jahr 2018 auf 416 € ändert sich auch die Höhe des für die Einkommensgrenze maßgeblichen Grundbetrages – derzeit bei Alleinstehenden auf 1248 € (dreifache Regelbedarfsstufe 1), bei Verheirateten u.ä. Paaren auf 1664 € (vierfache Regelbedarfsstufe 1). Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld und Geldeswert. Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um weniger als 300 €, wird grundsätzlich der Differenzbetrag gewährt.

Berechtigten, die Neu-Rentner sind oder werden bzw. rentenrechtliche Bezüge erhalten und bisher keine Opferrente beantragt haben, weil ihr Einkommen zu hoch war, wird diese unabhängig von der Höhe ihrer Rente gewährt. Bei der Feststellung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit werden Renten außer Betracht gelassen. Die Opferrente bleibt bei der Gewährung anderer einkommensabhängiger Sozial-

leistungen unberücksichtigt, d.h. sie zählt nicht zum Einkommen.

Mit o.g. Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 416 € ändert sich ebenfalls die Höhe der maßgeblichen Einkommensgrenzen für die Gewährung von monatlichen Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Voraussetzung für die Gewährung ist eine berufliche Rehabilitation mit einer bescheinigten Verfolgungszeit von mehr als drei Jahren. Berechtigte im Arbeitsprozeß erhalten diese Leistungen in Höhe von bis zu 214 €, Rentner bis maximal 153 €. Die Gewährung ist abhängig vom monatlichen Nettoeinkommen des Berechtigten bzw. der Familie. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft (u.a. Miet- und Heizkosten) hinzuzurechnen sind. Der Grundbetrag für den Berechtigten selbst errechnet sich aus der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 in Höhe von 832 €, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten aus 80 Prozent, also 665,60 €. Der Gesamtbetrag für ein Ehepaar beläuft sich somit auf 1497,60 €. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Höhe der Ausgleichsleistungen, werden letztere nur in Höhe des Differenzbetrages gewährt und bleiben als Einkommen unberücksichtigt hinsichtlich anderer einkommensabhängiger Sozialleistungen.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

Fax (03 41) 961 24 99

Notwendige Vorkehrungen

Sollte es keine Fristverlängerung bzw. Entfristung für die Rehabilitierungsgesetze geben, wird mit Ablauf des Jahres 2019 eine Antragstellung auf strafrechtliche, berufliche oder verwaltungsrechtliche Rehabilitation nicht mehr möglich sein. D.h. auch, die nach diesen Gesetzen gewährten sozialen Ausgleichsleistungen, wie z.B. Kapitalentschädigung oder Opferrente, Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige Häftlinge, die Gewährung von Nachteilsausgleich bei der Rente und Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz sowie u.a. Leistungen für haftbedingte Gesundheitsschäden werden entfallen,

insofern die entsprechenden Reha-Anträge nicht fristgerecht gestellt wurden.

Besonders angesprochen fühlen sollten sich diejenigen ehemaligen Häftlinge bzw. politisch Verfolgten, die nunmehr das Rentenalter erreichen und durch rechtsstaatswidrige Maßnahmen aus der Ausbildung bzw. aus dem Arbeitsprozeß gerissen oder vom Studium exmatrikuliert wurden. Da die politische Haft grundsätzlich immer einen Eingriff in den Beruf darstellt, wird es für diese Zeit unabhängig von weiteren beruflichen Eingriffen vor oder nach der Haft in der Regel eine berufliche Rehabilitation geben, die

unter bestimmten Voraussetzungen o.g. Leistungen nach sich ziehen kann.

Unbedingt zu beachten ist, daß entsprechende Anträge bei den zuständigen Gerichten bzw. Behörden bis zum 31.12.2019 eingegangen sein müssen, für den Fall, daß die Frist abläuft. Eine entsprechende Eingangsbestätigung vor Fristablauf wäre hier von Vorteil.

Nähere Informationen zu zuständigen Behörden und Antragsformularen über die Geschäftsstelle, Tel. (030) 55 49 63 34.

E. Weise

Rumänischer Staatspräsident empfing Inter-Asso

Vom 24. bis 26. Juni trafen sich acht Mitgliedsverbände der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) zu ihrem XXIII. Kongreß in Braşov. In die früher Kronstadt genannte Stadt in Siebenbürgen waren die Mitgliedsverbände aus Albanien, Deutschland, Lettland, Litauen, Moldawien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn mit teilweise bis zu drei Vertretern gereist.

Nach der üblichen Sitzung des Präsidiums (in dem Vertreter aus Deutschland, Lettland, Rumänien, der Slowakei und Ungarn vertreten sind) konnten die Teilnehmer zu einem Empfang und Abendessen mit Vertretern von lokalen Behörden zusammentreffen, die den Kongreß großzügig gesponsert hatten.

Am nächsten Vormittag standen die Berichte des Inter-Asso-Präsidiums und der Mitgliedsverbände über die wichtigsten Entwicklungen seit dem letzten Kongreß (in Budapest im Oktober 2016) im Vordergrund. Sybille Krägel konnte dabei eindrücklich über ihre Erfahrungen mit dem Lager Tost (Oberschlesien) und die Entwicklung beim zentralen Mahnmal in Deutschland für die Opfer des Kommunismus berichten. Bei den neun Berichten wurde wie meistens eines deutlich: der Stand der Aufarbeitung ist in den Staaten, zu denen die Mitgliedsverbände gehören, sehr unterschiedlich. Will man ihn mit Deutschland vergleichen, so kann man sagen, daß Deutschland gut dasteht, aber keinesfalls „Weltmeister der Aufarbeitung“ ist (in vielen Staaten gibt es z.B. im Gegensatz zu Deutschland ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus). Andererseits bleiben uns manche Entwicklungen erspart, die in anderen Staaten zu beobachten sind: In Albanien wurde gerade der Innenminister aus der

kommunistischen Ära zum Parlamentspräsidenten gewählt, in Rumänien gibt es gegenwärtig einflußreiche politische Kräfte, die Strafgesetze so verändern wollen, daß sich amtierende Politiker nicht mehr wegen Korruption verantworten müßten.

Am Nachmittag wurden die Vertreter insbesondere mit der Situation oppositioneller Gruppen während der kommunistischen Ära in Rumänien vertraut gemacht. Angehörige der „Wache der rumänischen Jugend“ z.B. waren zu Strafen zwischen 15 und 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, der kommunistische Geheimdienst Securitate brachte es fertig, die Minderheit der Siebenbürger Sachsen als „Edelsachsen“ zu verhöhnern.

Es schloß sich ein Theaterstück an, das in eindrücklicher Weise die Haftbedingungen für Frauen zur Zeit des Kommunismus im Gefängnis im rumänischen Mislea zeigte.

Am zweiten Arbeitstag ging es neben den üblichen Punkten wie Homepage der Inter-Asso und Mitgliedsbeiträgen auch um die Position des Inter-Asso-Geschäftsführers (Carola Schulze, UOKG, wurde einstimmig zur neuen Geschäftsführerin gewählt), besonders aber um die Verabschiedung von Resolutionen. So wurden Resolutionen zur politischen Situation in Albanien, zum Karl-Marx-Denkmal in Trier, zur Meinungsfreiheit in der Slowakischen Republik und zum Offenhalten von Archiven in Moldawien sowie zur Entschädigung für Deportierte in Moldawien einstimmig verabschiedet.

Den emotionalen Höhepunkt des Kongresses hatte der Organisator, der rumänische Mitgliedsverband der Inter-Asso – AFDPR – dem Nachmittag des zweiten Tages vorbehalten. Unter sehr großer



(v.l.) Octav Bjoza, Präsident der rumänischen Vereinigung der Opfer des Kommunismus, Staatspräsident Klaus Johannis, Dr. Christian Fuchs, Präsident der Inter-Asso.

Presse-Beteiligung zeichnete Staatspräsident Klaus Werner Johannis im Präsidentenpalast in Bukarest 34 Personen, die in der kommunistischen Zeit aus politischen Gründen in Rumänien inhaftiert waren, mit hohen Orden aus. Die Teilnehmer des Inter-Asso-Kongresses, die von Staatspräsident Johannis ausdrücklich begrüßt wurden, erlebten bei dieser Gelegenheit eine deutliche, engagierte und eindrucksvolle Rede des Präsidenten.

Ich hatte Gelegenheit, Staatspräsident Johannis, mit dem ich bereits bei der Einweihung des Aripri-Denkmal im Mai 2016 in Bukarest kurz sprechen konnte, ausdrücklich unsere besondere Anerkennung auch dafür auszusprechen, daß er an seinem ersten Arbeitstag als Präsident nur eine einzige Amtshandlung vollzogen hat, nämlich die Auszeichnung des Präsidenten des rumänischen Mitgliedsverbandes der Inter-Asso und Inter-Asso-Präsidiumsmitgliedes Octav Bjoza.

Christian Fuchs

Verleihung des Tübinger Menschenrechtspreises 2018

(igfm) Am 11. Juni 2018 wurde der Tübinger Menschenrechtspreis im Rahmen der feierlichen Eröffnung der Tübinger Menschenrechtswoche verliehen. Der DDR-Bürgerrechtler und jetzige Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, Roland Jahn, hat in seinem Festvortrag über die Geschichte der Menschenrechte und seine Erfahrungen mit ihnen in der DDR gesprochen. Der Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Men-

schenrechte, Martin Lessenthin, wirkte, wie bereits im vergangenen Jahr, in der Jury mit.

Die Tübinger Mahnwache für Raif Badawi setzt sich seit Jahren, jeden Samstag um 11 Uhr, für die Freilassung des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi ein, der zu 1000 Peitschenhieben verurteilt wurde. Nun sind die Mitglieder der Mahnwache von der Jury mit dem Tübinger Men-

schenrechtspreis 2018 prämiert worden. Martin Lessenthin lobte das ausdauernde Engagement der Mahnwache-Aktivistinnen: „Der Tübinger Menschenrechtspreis ehrt Ihren beharrlichen Einsatz für das unschuldige Opfer einer barbarischen Rechtsordnung. Er hilft Ihre wichtige Arbeit noch bekannter zu machen und dient somit auch unserem gemeinsamen Ziel, für Menschenwürde und Menschenrechte einzutreten!“



Das Ende des Prager Frühlings

Am 20. August 1968 um 23.11 Uhr werden auf dem Radarschirm des deutschen Bundesnachrichtendienstes die ersten sowjetischen Glitzer im Luftraum Prag gesichtet. (Glitzer sind Lichter oder Lichtzeichen, auch ungewollte, eines Flugzeugs. Für Pullach ein Zeichen, daß ein oder mehrere Maschinen – die im übrigen verdunkelt waren – in der Luft waren und sich jetzt durch etwas Helles bewegten. Solch ein Glitzer kann unter Umständen auch nur eine Sekunde dauern. Wahrscheinlich war es ein Versehen. Vielleicht aber auch ein Zeichen für Agenten Moskaus, die bereits in Prag waren? Näheres geht aus den entsprechenden Unterlagen nicht hervor.) Ein russisches Flugzeug täuscht dem dortigen Flugplatz einen „Luftnotfall“ vor und bittet um Landeerlaubnis. Tatsächlich sind es mehrere Maschinen, die schwerbewaffnete KGB-Truppen befördern. Die Okkupation der ČSSR hat begonnen.

Unvergeßlich sind die Bilder, auf denen Sowjetpanzer und Einheiten des Warschauer Paktes gegen die aufgebrachte Bevölkerung blutig vorgehen und die Reformbewegungen in der Tschechoslowakei gewaltsam beenden. Bereits Ende Mai hatte der Minister für Staatssicherheit in der DDR, Erich Mielke, indirekt mit einem Einmarsch gedroht mit den Worten: „Der Kampf gegen die Konterrevolution ist eine internationale proletarische Pflicht.“

Die Spitzen der Kommunistischen Partei der ČSSR – die am 5. Januar 1968 den Reformer Alexander Dubček zum Vorsitzenden gewählt hatten –, die Führung

der Regierung und des Parlamentes werden verhaftet und nach Moskau verschleppt. Noch am 24. August erklärt der ČSSR-Außenminister vor dem UN-Sicherheitsrat, entgegen allen Propaganda-Behauptungen des Ostblocks habe sein Land keine militärische Unterstützung Moskaus angefordert. Die jetzige Besetzung verstehe man als Akt der Gewalt. Nur zwei Tage später enden im Kreml die „Verhandlungen“ zwischen der Führung der ČSSR und jener der UdSSR mit der Unterzeichnung des „Moskauer Protokolls“, in dem die Okkupation des Landes „akzeptiert“ wird.

Am 24. September lobt das SED-Zentralorgan Neues Deutschland die NVA-Soldaten „für ihren Einsatz“ beim Einmarsch in Prag, darüber wird sogar ein Lied geschrieben. In Wahrheit hat nach einem Befehl Breschnews kein einziger DDR-Soldat daran teilgenommen, die Erinnerungen an 1938 waren in dem Lande noch zu frisch.

Der illegale Widerstand in der ČSSR dauert noch lange an. Immer wieder rufen die Freiheitssender im Untergrund verzweifelt den Westen um Hilfe, die auch dieses Mal nicht erfolgt. Washington will wegen der vom Kreml beherrschten ČSSR keinen Dritten Weltkrieg. Zudem glauben die Amerikaner und auch die Briten bis zur letzten Minute fest, daß Breschnew die Tschechoslowakei „mit Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit“ nicht überfallen wird.

Noch am 31. Juli schätzt das Bundeskabinett in Bonn eine derartige Besetzung als „unwahrscheinlich“ ein, was BND-Präsident Reinhard Gehlen nur als „so viel Naivität“ bezeichnen kann. Seine Männer hatten dem zuständigen damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt die Aufmarschpläne des Warschauer Paktes vorgelegt und ihn – teilweise unter Tränen – beschworen zu reagieren, vergeblich...

Der BND hatte schon am 10. Mai (also drei Monate zuvor) die Gefahr erkannt: Es waren die sowjetisch-polnischen

Groß-Manöver mit 80 000 Mann und 2800 Panzern direkt an der Grenze zur ČSSR. Elf Tage später erhält er erste Hinweise über größere Truppenbewegungen in Richtung ČSSR.

Ende Juni beginnen in der Tschechoslowakei die Manöver der Warschauer Pakt-Staaten, doch nach ihrer Beendigung bleiben die sowjetischen Panzer mit gefüllten Tanks und genügend Munition zurück. Eine Analyse in Pullach spricht von „brillanter Vorübung für eine spätere Invasion“.

Am 30. Juli melden die AWACS-Flugzeuge der NATO, an den Grenzen zur ČSSR seien nunmehr 20 Ostblock-Divisionen aufmarschiert, die sich in den Wäldern versteckt halten. Am 18. August 1968 meldet der deutsche Nachrichtendienst nach Bonn „starke Anzeichen für einen geplanten Angriff“. Am 20. August verstummt kurz nach 21.00 Uhr der gesamte Funkverkehr der Truppen des Sowjetblocks. Dies ist stets ein sicheres Zeichen für einen bevorstehenden Angriff. Zwei Stunden später geht die relative Freiheit der ČSSR zu Ende.

Der BND hatte damals eine gute „Quelle“ in Moskau, sicherlich in hohen Offizierskreisen, und angeblich einen Major der sowjetischen Militärspezionage GRU in Sachsen. Tatsache ist, daß Pullach einen Mitarbeiter direkt zu Dubček schickte mit der Warnung vor einer Okkupation – doch auch er konnte an sie nicht glauben.

Die Bundeswehr-Brigade, welche die deutsche Grenze zur ČSSR zu sichern hatte, wird sofort in Marsch gesetzt. Der verantwortliche Offizier, der seine Pflicht erfüllte, hatte wegen seines Vorgehens indes später in Bonn etliche Schwierigkeiten. Von den an der Grenze stationierten US-Einheiten rast ein Jeep mit zwei schwerbewaffneten Soldaten in die Tschechoslowakei. Vergebens versuchen US-Hubschrauber, die zwei zu finden. Grenzsoldaten der ČSSR verstecken die beiden vor Sowjettruppen, zwei Tage später werden sie der Bayerischen Landespolizei übergeben. Hätte diese nicht zuvor die Grenzpfähle erneuert, wären die Moskauer Armeen vielleicht ins deutsche Bayern eingedrungen (ihr Kartenmaterial war veraltet). Offen bleibt die schwere – zweifellos unbeliebte – Schicksalsfrage: Wäre das völlig überraschte Bonn in einem solchen Fall wirklich handlungsfähig gewesen?

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Truppenbesuch im September 1968 von Generaloberst Heinz Keßler bei den NVA-Truppen, die zum Einmarsch in die Tschechoslowakei bereitgestellt waren.

Brief der Warschauer Gipfelkonferenz an Prag vom 15. Juli 1968

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei

Teure Genossen!

Im Namen der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der Sowjetunion wenden wir uns an Sie mit diesem Brief, der diktiert ist von aufrichtiger Freundschaft, gegründet auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, und von der Sorge um unsere gemeinsamen Angelegenheiten, um die Festigung der Positionen des Sozialismus und der Sicherheit der sozialistischen Völkergemeinschaft. [...]

Es war und ist nicht unsere Absicht, uns in solche Angelegenheiten einzumischen, die ausgesprochen innere Angelegenheiten Ihrer Partei und Ihres Staates sind. Es war und ist nicht unsere Absicht, gegen die Prinzipien der Respektierung der Selbständigkeit und Gleichheit in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und den sozialistischen Ländern zu verstoßen. [...]

Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller

kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Vertrag vereinigt haben. [...]

Ihnen ist bekannt, daß die Bruderparteien die Beschlüsse des Januar-Plenums des ZK der KPC mit Verständnis aufgenommen haben in der Überzeugung, daß Ihre Partei die Hebel der Macht fest in ihren Händen halten, den ganzen Prozeß im Interesse des Sozialismus lenken und der antikommunistischen Reaktion nicht gestatten wird, diesen Prozeß für die eigenen Zwecke zu mißbrauchen. Wir waren überzeugt, daß Sie das Leninsche Prinzip des demokratischen Zentralismus wie Ihren Augapfel hüten werden. Jegliche Mißachtung einer Seite dieses Prinzips, sowohl der Demokratie als auch des Zentralismus, schwächt unvermeidlich die Partei und ihre führende Rolle und verwandelt die Partei entweder in eine bürokratische Organisation oder in einen Diskussionsklub. Wir haben bei unseren Zusammenkünften wiederholt über alle diese Fragen gesprochen und von Ihrer Seite die Versicherung erhalten, daß Sie sich über alle Gefahren Rechenschaft ablegen und fest entschlossen sind, diese Gefahren abzuwehren.

Leider nahmen die Ereignisse einen anderen Verlauf. [...]

Der gesamte Verlauf der Ereignisse in Ihrem Lande während der letzten Monate läßt keinen Zweifel daran, daß die von den imperialistischen Zentren unterstützten Kräfte der Konterrevolution eine breitangelegte Offensive gegen die sozialistische Ordnung entfaltet haben, ohne auf die erforderliche Zurückweisung von seiten der Partei und der Volksmacht zu stoßen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in diese Ereignisse in der Tschechoslowakei die Zentren der internationalen Reaktion eingeschaltet haben, die alles unternehmen, um die Atmosphäre anzuhetzen, zu komplizieren und die in dieser



Sowjetische Panzer auf dem Altstädtischen Ring in Prag.

Richtung das Vorgehen der anti-sozialistischen Kräfte inspirieren. [...]

Deshalb meinen wir, daß die entschiedene Zurückweisung der Angriffe der antikommunistischen Kräfte und die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist.

(Quelle: https://www.herder-institut.de/no_cache/bestaende-digitale-angebote/e-publikationen/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html)

Die Breschnew-Doktrin

Am 12. November 1968 verkündete Leonid I. Breschnew auf dem 5. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei seine Doktrin – als „Nachbereitung“ der Niederschlagung des Prager Frühlings –, deren Hauptthese lautet: „Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft.“

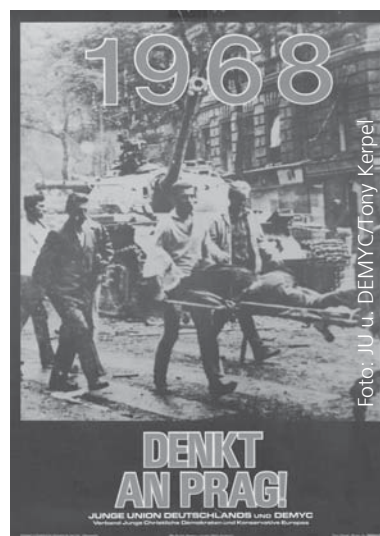
Einen Tag später erschien folgender Text in der sowjetischen Tageszeitung Prawda, dem Organ der KPdSU:

„Und wenn die inneren und äußeren, dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen

Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu wenden versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des betreffenden Landes.“

(Zitat nach H. Möller, H. Miard-Delacroix u.a.: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968. 1. Januar bis 30. Juni, Bd. I, München 1999)

Männer tragen einen Verletzten weg, dahinter ein sowjetischer Panzer. Plakat der Jungen Union und des DEMYC. Lizenz: KAS/ACDP 10-028:11 CC-BY-SA 3.0 DE



Mit so viel Hoffnung...

Nach dem Ende der Naziherrschaft hofften viele Menschen auch in der Sowjetischen Besatzungszone auf einen demokratischen Neuanfang, viele zweifelten jedoch von vornherein daran, denn schließlich hatte in ihren Augen Stalin seinen Konkurrenten Hitler im Kampf um die Vorherrschaft in Europa besiegt, ein totalitäres System das andere. Solche Menschen befürchteten, daß es lediglich

einen Austausch der sogenannten Eliten, jedenfalls des Führungspersonals, geben werde. Die großen ehemaligen Nazi-KZ auf mitteldeutschem Boden füllten sich, diesmal als sowjetisch organisierte Internierungslager. Kleine Nazi-Mitläufer, viele Jung-erwachsene und Sozialdemokraten, die sich der Vereinigung mit der KPD widersetzen, waren unter den Insassen. Sogar ehe-

malige Widerständler gegen Hitler befanden sich darunter, zum Beispiel Horst Leißnig, der seit 1939 politisch in Haft war. Die „großen“ Nazis waren entweder in den Westen oder Süden geflüchtet oder hatten sich selbst ins Jenseits befördert. Später wurden einige der Lagerinsassen von den SED-Zuchthäusern übernommen, die Lager wurden aufgelöst.

Manche Menschen fühlten sich in ihrer Hoffnung betrogen, wie zum Beispiel Kurt Gräf, der aus dem Westen nach Sachsen zog und später einer der wirkungsreichsten Widerständler gegen die SED war. „Mit so viel Hoffnung fingen wir an“, schrieb der Jurist und Journalist Friedrich-Wilhelm Schlomann, der kurz vor dem Zugriff durch die kommunistische Polizei noch in den Westen fliehen konnte. Er studierte in Rostock und Leipzig, promovierte 1956 in Basel. Sein Freund Arno Esch wurde dagegen verhaftet. Der Freundeskreis um Esch gründete eine Widerstandsgruppe im Bewußtsein, ihre Heimat entwickle sich zu einer neuerlichen Diktatur. Heute gibt es in Rostock die Esch-Schule und den Arno-Esch-Hörsaal an der Universität.

Schlomann hielt die Verbindung zur alten mecklenburgischen Heimat. Er war an der Gründung der Exil-CDU und des CDU-Ostbüros beteiligt. Dieses Büro ist wesentlich weniger bekannt als die gleiche Einrichtung der SPD oder des DGB.

Schlomanns Vater und Ernst Lemmer, der spätere Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, waren politische Gefährten vor 1945. Lemmer erschien wegen seiner Widerstandsarbeit gegen die Nazis für Friedrich-Wilhelm Schlomann als ein Vorbild in Sachen politischen Handelns.

Alle politische Propaganda diene dem Ziel, das Einheitsgebot des Grundgesetzes aktuell zu halten. Daraus folgte wiederum die Solidarität mit den politischen Häftlingen in Bautzen, Hoheneck und Cottbus. Als einige prominente Politiker in der Bundesrepublik die Salzgitter-Stelle, durch die die Verbrechen der SED an den Grenzen und in den Zuchthäusern dokumentiert wurden, schließen wollten, protestierte Schlomann lautstark. Viele Häftlinge in Brandenburg oder Bützow und Waldheim fühlten sich durch diese Stelle gleichsam geschützt, denn das Wachpersonal mußte mit einer Strafverfolgung im Westen rechnen. Für Schlomann ist ein „Danke“ jeder Bundesregierung gegenüber all jenen Frauen und Männern, die ihre Freiheit und nicht selten ihr Leben riskierten, um für die Wiedervereinigung Deutschlands zu kämpfen, angesagt. Er nennt diese Menschen „die stillen Helden“, aber gleichzeitig auch „die Vergessenen“.

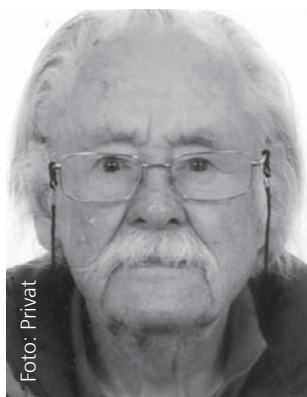
Ende der 50er Jahre arbeitete Friedrich-Wilhelm Schlomann im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, später in der psychologischen Kampfführung der Bundeswehr. Mit entlarvenden Flugblättern und Zeitschriften sollte der Haßpropaganda der östlichen Seite entgegenge wirkt und damit die Militärideologie der NVA zersetzt werden.

Als vorletzte berufliche Station Schlomanns ist die Deutsche Welle zu nennen, er arbeitete im Abhördienst. Vermutlich gewann er dort die Kompetenz, über den asiatischen Raum zu berichten. Viele Artikel über die Situation im geteilten Korea aus seiner Feder dürften ihre Grundlage in seinen unübersehbar vielen ausländischen Kontakten haben. Es ist irgendwie bezeichnend, daß er fast zwei Jahrzehnte lang nicht befördert wurde. Er führt dies auf seine deutschlandpolitischen Aktivitäten zurück, die nicht dem politischen Zeitgeist entsprachen. Schlomann unterhält enge Verbindung nach Luxemburg, in die Niederlande, die Schweiz und Schweden, sowohl zu Wis-

senschaft und Presse auf der einen Seite als auch zu Politik und Sicherheitsbehörden auf der anderen.

Und Friedrich-Wilhelm Schlomann behielt die Entwicklung der DDR in den 80er Jahren im Blick. Die Wiedervereinigung sei nicht vorhersehbar gewesen, tönte es damals in den Gazetten. Er dagegen wußte, daß die Lageanalysen des BND schon 1985 diese Möglichkeit in Betracht zogen. Die Parlamentarier glaubten laut Schlomann, alles besser zu wissen als der staatliche Nachrichtendienst. Zum Glück verstand Bundeskanzler Kohl die Situation bei seinem Besuch in Dresden und „setzte sich in bewunderungswürdiger Weise für die Einheit ein“, so Schlomann.

Es gab nur wenige Menschen, die das MfS, also die Stasi, vor 1990 zum Objekt ihrer publizistischen Tätigkeit oder sonstiger öffentlicher Arbeit machten, Schlomann war einer von ihnen. Sein Buch „Operationsgebiet Bundesrepublik“ aus dem Jahr 1984 hat es neben den Veröffentlichungen des bekannten Autors Karl Wilhelm Fricke möglich gemacht, daß vom Gesamtdeutschen Institut aus Vorträge über die Stasi gehalten werden konnten. Bemerkenswert ist vielleicht, daß von Details und Mitarbeiterzahlen abgesehen nach 1990 keine Information, keine Einschätzung revidiert werden mußte. Unter anderem durch Schlomann waren die Kenntnisse über das MfS vor 1990 sehr umfangreich – für die Menschen, die das interessierte. Insbesondere ist ihm dafür zu danken, daß er grundlegende Informationen über die geheimdienst-



Friedrich-Wilhelm Schlomann.



liche Westarbeit der DDR zur Verfügung stellte. Viele Informationen über die HVA gewann er durch Prozeßbeobachtungen und -analysen.

Schlomann meint, er habe nur seine Pflicht getan. Dies sagt er zu einer Zeit, da viele Zeitgenossen mit diesem preußischen Begriff gar nichts mehr anzufangen wissen.

Die letzte berufliche Aufgabe führte ihn an die Universität in Zürich, er hielt dort

Gastvorlesungen zu den Komplexen „Spionage“, „Wiedervereinigung“ und aktuell „Cyberwar“.

Heute ist Friedrich-Wilhelm Schlomann vermutlich das einzige noch lebende Ehrenmitglied der CDU Mecklenburg-Vorpommern, 1946 ist er eingetreten. Als ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde, sagte ein Redner, Schlomann habe nichts als die Wahrheit gesagt.

Wenn schon nicht alle staatstragenden Parteien, so sollte doch mindestens die CDU eine Feier zu seinem 90. Geburtstag am 5. September organisieren. Es wäre symbolisch Dank nicht nur für Schlomann, sondern auch für diejenigen, die damals „mit so viel Hoffnung anfangen“. Und den jungen Leuten sollte man mitteilen, daß eine Pflichterfüllung im Schlomannschen Sinne Vorbild ist.

Bernd Lippmann

Ein Philosoph gegen die Staatssicherheit

Zum 40. Jahrestag des Prozesses von Rudolf Bahro

Der 1989/90 untergegangene SED-Staat hatte merkwürdige Gesetze: Wurden politische Straftaten von 1949 bis 1958 nach Artikel 6 der DDR-Verfassung verfolgt, so wurde bei Rudolf Bahro schon das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 1. Februar 1958 angewandt. Dieses Gesetz war erarbeitet worden, um jegliche Opposition gegen die Diktatur zu kriminalisieren. Der Paragraph 15, „Sammlung von Nachrichten“, der in dem Verfahren beigezogen wurde, sah eine Höchststrafe von zehn Jahren vor.

Angeklagt vor dem Ostberliner Stadtgericht am 27. Juni 1978 war Bahro wegen der Veröffentlichung eines umfangreichen Buches (542 Seiten) mit dem anrühigen Titel „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“, erschienen 1977 in Westdeutschland. Anrühig war der Titel deshalb, weil er nach Revisionismus roch, nach einem „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wie ihn die staatskritischen Intellektuellen um Wolfgang Harich (1923–1995) im Sommer 1956 vertreten hatten, bevor sie zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Rudolf Bahro wurde am 18. November 1935 in Bad Flinsberg/Schlesien geboren, ging 1945 mit Mutter und zwei jüngeren Geschwistern auf die Flucht und legte 1954 in Fürstenberg/Oder „mit Auszeichnung“ das Abitur ab. Danach studierte er 1954/59 Philosophie an der Humboldt-Universität in Ostberlin. Seine Diplomarbeit trug den umständlichen Titel „Johannes R. Becher und das Verhältnis der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei zur nationalen Frage unseres Volkes“. Der einst expressionistische Dichter Johannes Robert Becher (1891–1958) schrieb 1949 den Text der DDR-Nationalhymne „Auf-

erstanden aus Ruinen“ und war 1954/58 erster DDR-Kulturminister.

Die Kritik am „realen Sozialismus“, die sich schließlich zur Dissidenz auswuchs, entzündete sich, wie immer in solchen Fällen, an einzelnen Mißständen. Durch die Moskauer Enthüllungen im Februar 1956 über die Verbrechen Stalins wurde Bahros bisher festgefügtes Weltbild stark erschüttert. Er beobachtete die Aufstände 1956 in Polen und Ungarn mit wachsender Sympathie und erklärte öffentlich seine Solidarität mit den Aufständischen. Was ihm dabei besonders auffiel, war die dürftige Informationspolitik der DDR-Führung. Um ein vollständiges Bild über diese Vorgänge zu gewinnen, mußte man Westsender wie den RIAS abhören.

Nach dem Studium übte Rudolf Bahro verschiedene Berufe aus, 1965 wurde er stellvertretender Chefredakteur der Ostberliner Studentenzeitschrift „Forum“. Wegen des nicht genehmigten Abdrucks von Volker Brauns verbotenem Theaterstück „Kipper Paul Bauch“ (1965) wurde er 1967 entlassen.

Zehn Jahre lang, von 1967 bis 1977, lebte Bahro zurückgezogen in der DDR-Provinz und sammelte, aller Illusionen bar, Material für sein Buch. Tagsüber war er Arbeitsorganisator in mehreren Fabriken, nachts und an den Wochenenden schrieb er. An der „ökonomischen Basis“ erfuhr er auch, daß die Arbeiter, obwohl sie im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ lebten, keinerlei Rechte hatten.

Seine 1975 eingereichte Dissertation wurde zunächst von drei Gutachtern der Technischen Hochschule Merseburg sehr positiv bewertet, dann aber griff die Staatssicherheit ein, die im Jahr zuvor

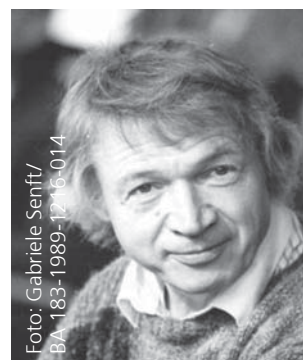
Rudolf Bahros Ehefrau Gundula als Inoffizielle Mitarbeiterin angeworben hatte, und ließ zwei Gegengutachten erstellen, wodurch die Promotion vereitelt wurde.

Am 22. August 1977 veröffentlichte das Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ einen Buchauszug samt Interview mit dem Verfasser, am Tag darauf wurde er verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert. Das Buch aber wurde zehn Tage später in einer Auflagenhöhe von 80 000 Exemplaren ausgeliefert.

Zum Prozeßbeginn am 27. Juni 1978 wurde Bahro in Knebelketten vorgeführt. Sein Verteidiger war der aufstrebende Junganwalt Gregor Gysi. Da das Schreiben eines Buches auch im SED-Staat nicht strafbar war, mußten andere Anschuldigungen gefunden werden. Der Staatsanwalt behauptete, ohne es beweisen zu können, der Angeklagte hätte für den westdeutschen Verfassungsschutz Informationen in DDR-Betrieben gesammelt.

Am 30. Juni 1978 wurde Rudolf Bahro, die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen er 25 Monate absaß. Am 11. Oktober 1979 wurde er, zum 30. Jahrestag der DDR-Gründung, amnestiert und am 17. Oktober, wie es sein Wunsch gewesen war, mit seiner früheren Ehefrau, den beiden Kindern und der Lebensgefährtin in den freien Teil Deutschlands abgeschoben.

Jörg Bernhard Bilke



Rudolf Bahro im Dezember 1989.

Foto: Gabriele Senft/
BA 183-1989-1246-014

„Veranstaltungen wie diese sind ein wichtiges Zeichen gegen das Vergessen“

Am 17. Juni 2018 gedachte die Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) vor der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock mit einer Veranstaltung des Volksaufstands in der DDR vor 65 Jahren. Mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ machten zahlreiche Mitglieder der VOS sichtbar aufmerksam auf ihr Schicksal und forderten mehr Engagement in der Aufarbeitung der SED-Diktatur von der Landespolitik und der Gesellschaft ein.

Der Bundesvorsitzende der VOS, Detlef Chilla, betonte in seiner Rede die herausragende Bedeutung des 17. Juni 1953. Zum ersten Mal seit 1945 hätte ein Volk im sowjetischen Machtbereich gegen die kommunistische Diktatur protestiert und demokratische Rechte eingefordert. „Der 17. Juni ist nicht nur ein Tag der Trauer, sondern auch ein Tag des Stolzes auf diejenigen, die den Aufstand führten. Nur den Vorkämpfern von damals ist es zu verdanken, daß wir heute in Demokratie und einem vereinten Deutschland leben dürfen.“ Chilla sprach sich dafür aus, die Betroffenen von SED-Unrecht nicht als Opfer wahrzunehmen, sondern als Ehrenbürger der Bundesrepublik Deutschland.

Das Grußwort der Veranstaltung hielt Katy Hoffmeister (CDU), Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Hoffmeister wies darauf hin, daß der 17. Juni 1953 der Tag gewesen sei, an dem mehr als eine Million Menschen in der DDR ihren Protest gegen das SED-Regime öffentlich gemacht hätten. In Rostock hätten mehr als 10 000 Werft-Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Die Freiheitsbewegung in der DDR sei jedoch durch die Kasernierte Volkspolizei und das sowjetische Militär niedergeschlagen worden. Hoffmeister sagte: „Gedenktage, wie der 17. Juni sind wichtig. Veranstaltungen wie diese sind ein wichtiges Zeichen gegen das Vergessen.“ Die Justizministerin äußerte, daß fast 30 Jahre nach Ende der DDR das SED-Unrecht zu Recht immer noch ein Thema sei. 2017 habe das Land Mecklenburg-Vorpommern 13 Millionen Euro für Opfer-Entschädigungen ausgegeben. „Die rechtliche Rehabilitation ist das eine, die öffentliche Aufarbeitung aber das andere. Nur wer die Vergangenheit kennt, kann verstehen, in welchem Glück wir heute in Demokratie und Freiheit leben dürfen“, so Hoffmeister abschließend.

Während der Veranstaltung wiesen verschiedene Mitglieder der VOS darauf hin, daß die Sanierung der Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haftanstalt der Stasi in Rostock trotz seit langem bewilligter Finanzmittel nicht vorankäme. Dies sei ein unhaltbarer Zustand. Die Justizministerin informierte, daß das Bildungsministerium und die Stadt Rostock derzeit Gespräche

über den Betrieb der Gedenkstätte nach der Sanierung führen würden. (Laut Information des Betriebes für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern ist der Beginn der Sanierungsarbeiten für den Herbst 2018 geplant. Anm. d. Verf.)

Im Zusammenhang mit der schleppend verlaufenden Sanierung der Gedenkstätte äußerte Prof. Creuzberger, Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, er sei frustriert darüber, wie wenig man in Schwerin die Anliegen der Aufarbeitung, der damit verbundenen historischen Bildung usw. wahrnehme. SPD und CDU hätten in ihrer Koalitionsvereinbarung 2016 die Einrichtung eines Arno-Esch-Dokumentationszentrums festgeschrieben. „Was können wir tun, daß der Gedanke des Arno-Esch-Dokumentationszentrums umgesetzt wird?“ fragte Creuzberger in Richtung der Ministerin. Diese versprach, das Thema in die politische Arbeit nach Schwerin mitzunehmen, wie auch weitere Fragen von Teilnehmern der Gedenkveranstaltung, so zur künftigen Nutzung der vor kurzem geschlossenen Neubrandenburger JVA als Standort von Wohnungen oder als Gedenkstätte und zur Aberkennung von Dokortiteln der Juristischen Hochschule des MfS.

Jörg Plath

Würdiges Gedenken in Chemnitz

Die VOS Bezirksgruppe Chemnitz-Stollberg-Hohenstein-Ernstthal gedachte in diesem Jahr wieder gemeinsam mit dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. des Volksaufstands von 1953. Am Vormittag des 17. Juni boten die Vereine in Begleitung eines Zeitzeugen eine Führung durch das ehemalige Kaßberg-Gefängnis an, die sehr großen Anklang fand. Die Fügung, daß auf diese Weise ehemalige politische Häftlinge, Vertreter der Rehabilitierungsbehörde Chemnitz und Besucher ins Gespräch kamen, erwies sich als informativ und gewinnbringend.

Gegen 11.00 Uhr begann die Gedenkveranstaltung an unserer Stele auf der Hohen Straße mit einer guten Teilnahme.

Nach der Kranzniederlegung sagte der Vorsitzende der VOS-Bezirksgruppe, Holker Thierfeld, in seiner Begrüßungsrede: „Anläßlich dieses denkwürdigen Tages wollen wir der Toten und der zu Unrecht Verfolgten gedenken. Die freiheitlich-demokratischen Bestrebungen wurden brachial niedergeschlagen, viele Menschen verloren ihr Leben oder mußten langjährige Zuchthausstrafen verbüßen.“ In die Schweigeminute schloß die Bezirksgruppe insbesondere Ellen Thiemann und Manfred Barth ein.

Zum Gedenken sprachen Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD), Frank Heinrich (CDU), Kamerad Jörg Petzold (VOS), Hanka Kliese (Vorstandsmitglied

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., SPD) und Frank Müller-Rosentritt (FDP). Es war ein würdiges Gedenken zum 65. Jahrestag des Juni-Aufstandes.

Holker Thierfeld, Steffi Lehmann



Stilles Gedenken an der Stele.

Grausame Schicksale

Impressionen vom Kongreß der Internationalen Assoziation der ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer des Kommunismus 2018

Höhepunkt des Kongresses der Inter-Asso in Braşov/Kronstadt vom 24. bis 26. Juni war der Empfang in Bukarest beim Staatspräsidenten Klaus Johannis, ein Siebenbürger Sachse, studierter Physiker, seit 2014 im Amt. Johannis, ein charismatischer Zwei-Meter-Hüne mit präsidialer Ausstrahlung, fand in seiner Ansprache sehr deutliche Worte gegen rumänische Politiker, die sich bisher kaum um die Opfer des Kommunismus scherten, sondern eher um ihre eigenen Taschen.

Ein couragierter Mann der klaren Sprache, der die Korruption und Inkompetenz im Land bekämpft. Die Veranstaltung fand in seinem Amtssitz statt – dem herrlichen Schloß Cotroceni (einst Sommersitz der königlichen Familie Hohenzollern-Sigmaringen) – unter großer Pressebeteiligung.

Im Jahr 2000 war Johannis zum Bürgermeister von Sibiu/Hermannstadt gewählt worden. Man erzählt sich, daß eine seiner ersten Amtshandlungen gewesen sei, gratis Besen an die Bevölkerung zu verteilen mit der Aufforderung, die Straßen zu kehren.

Am Kongreß in Braşov nahmen über 30 Personen teil. Präsident der Inter-Asso ist Dr. Christian Fuchs, Berlin, erster Stellvertreter Dr. Ján Košiar aus Bratislava in der Slowakischen Republik. Drei Simultan-Dolmetscher ordneten das „babylonische“ Sprachgewirr. (Untereinander verständigte man sich teilweise auch auf russisch.) Die Stadt, das Landratsamt und die Kreisregierung haben den Kongreß mit 22 000 Euro unterstützt. Die Atmosphäre war sehr angenehm und freundschaftlich.

Berichte aus den Vereinen: Die Teilnehmer berichteten von ihren persönlichen Schicksalen, ihrer Arbeit sowie von den heutigen Problemen, die sie in ihren Ländern mit Behörden bzw. der Politik haben. Unter ihnen sind Personen, die als Kinder – z.B. aus Lettland und Litauen – mit ihren Müttern 1949 in ungastliche Gebiete Kasachstans deportiert wurden, während Ehemänner und Väter im Gulag verschwanden.

Unzählige Rumänen haben jahrelange Aufenthalte bei unmenschlicher Folter in Gefängnissen und Lagern erlitten, andere – aus dem Banat – wiederum wurden mit

Familien 1951 nachts aus ihren Häusern geholt, fast ohne Habe in Viehwaggons gepfercht und nach tagelanger Fahrt im Baragan/Rumänien ausgeladen, wo es



Während des Kongresses: Präsident Dr. Christian Fuchs (l.) und Stellvertreter Dr. Ján Košiar vom slowakischen Verband.

außer der Steppe wenig gab. Andere mußten am Donau-Kanal schuften oder in unterirdischen Gefängnissen in Wasserzellen verrotten. Jugendliche erhielten Urteile zu teilweise 15 bis 20 Jahren Zwangsarbeit. Ein rumänischer Staatsanwalt soll einmal festgestellt haben, „daß man Ideologie nicht verurteilen kann.“

Aus Litauen wurden mit Einmarsch der Roten Armee 300 000 Menschen nach Osten deportiert, heute kommen gerade noch 7000 an Gedenktagen zusammen. Den litauischen Verein „Ehemalige Häftlinge/Deportierte“ vertrat eine junge Frau, deren Vater als Kind mit der Mutter nach Kasachstan verschleppt wurde, getrennt von der Familie.

Moldawien plant ein Museum für die bereits 1941 zu Zwangsarbeit deportierten 94 000 Personen nach Sibirien und Kasachstan, auch dort kamen die Männer, getrennt von den Familien, in den Gulag, viele wurden gleich erschossen. 1949 wurden noch einmal 35 000 Menschen deportiert. In Geschichtsbüchern finden diese Verbrechen nicht statt, wurde beklagt. Außerdem erhält man in Moldawien keine Einsicht in Archive – teilweise sind diese bereits zerstört.

Slowakische Republik: 1990 schlossen sich ehemalige politische Häftlinge zu einem Verein zusammen, sie sind auf Eigenhilfe angewiesen. Die Häftlingsvereinigung bringt die monatliche Verbands-

zeitung „Svedectvo“ heraus. In der Juni-Ausgabe 2018 ist ein Beitrag zu lesen mit dem Titel „Marxismus ist Opium für Dummköpfe und Massenmörder“. Der Artikel erschien als Reaktion auf die Aufstellung der Marx-Statue in Trier.

Ungarn: Der Vereinsvorsitzende berichtete, daß er 1956 mit 16 Jahren verhaftet wurde während des Aufstandes. 400 Todesurteile wurden damals sogleich vollstreckt, unter den Opfern waren auch junge Leute unter 20 Jahren. Weitere 22 000 wurden mit langjährigen Gefängnisstrafen belegt, später fanden noch einmal 200 000 Verhaftungen statt. Etwa die gleiche Anzahl wanderte aus, meist gut ausgebildete Fachkräfte. Über die Jahre wurden weitere 600 000 Menschen verfolgt. Im Jahr 1989 schlossen sich die ehemals Verfolgten zu einem Verein zusammen.

Albanien: Die albanische Delegation (die mit drei Personen im Auto die über 1000 Kilometer bis Braşov zurücklegte) beklagte, daß die neo-kommunistische Regierung sich in keiner Weise um ehemalige Verfolgte kümmere. Keine Anerkennung, keine Unterstützung, die Frustration ist groß. Die noch in Braşov veröffentlichte Resolution auf Initiative der albanischen Delegation soll unter dortigen Politikern bereits große Aufregung hervorgerufen haben.

Deutschland/UOKG: Ich berichtete über die endlose Geschichte vom jahrelangen Bemühen der UOKG um die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Berlin. Daß wir uns im vergangenen Jahr fast in der Zielkurve glaubten, als im September die Bundestagswahl stattfand. Darauf folgte ein fünf Monate währendes Interregnum bis zur Bildung einer Regierung. Momentan hält man andere Probleme für wichtiger, kaum ein Politiker ist zur Zeit für ein Opfer-Mahnmal zu gewinnen, während in den meisten ehemaligen kommunistischen Ländern bereits Mahnmale existieren. In Bukarest wurde 2016 im Beisein des Staatspräsidenten ein großes Mahnmal mitten in der Stadt eingeweiht, bestehend aus zwei großen Metall-Flügeln, die die Toten symbolisch



Die Schwarze Kirche in Braşov.

Foto: Benjamin Gantikow



für den Flug in den Himmel benötigten. Den Kongreßteilnehmern fehlte jegliches Verständnis für das Geschenk aus China, die fünf Meter hohe Marx-Statue in Trier.

Über meine Aufarbeitung des NKWD-Lagers Tost in Oberschlesien und die Erstellung meiner Datenbank mit Namen und weiteren Details von über 4500 Personen, die 1945 dort leiden mußten, berichtete ich ebenfalls. Das führte zu zahlreichen Gesprächen in vielen Sprachen und Gesten. – Polen ist leider kein Mitglied der Inter-Asso.

Wir besichtigten die Schwarze Kirche in Braşov (rumänisch Biserica Neagră), vor über 600 Jahren erbaut, 1689 durch eine Feuersbrunst mitsamt der Stadt fast niedergebrannt, daher die Bezeichnung Schwarze Kirche. Erst 80 Jahre später wurde die Kirche – das Wahrzeichen von Kronstadt – wieder aufgebaut, der „bedeutendste gotische Sakralbau zwischen Wien und Konstantinopel“, schreibt Wikipedia.

Zwar wurde in der beeindruckenden Theateraufführung über Haftbedingungen im

Frauengefängnis von Mislea rumänisch gesprochen, jedoch konnte man die Angst der Frauen, die Qualen spüren und die Folter nachvollziehen, in bedrückender Atmosphäre. Dieses Erlebnis hat uns für eine Weile die Sprache verschlagen.

Nicht unerwähnt bleiben soll der Organisator, Übersetzer, Fotograf und „Mann für alle Fälle“, der vielsprachige Historiker und Archivar Thomas Sindilariu, der alles im Griff hatte.

Sybille Krägel

Bahn AG würdigt Häftlingszwangsarbeit in Dauerausstellung

Das Bahnmuseum in Nürnberg eröffnete am 8. Juni 2018 eine neue Dauerausstellung. Auf rund 700 Quadratmetern wird



Dr. Oliver Götze, Direktor des DB Museums, mit Christina Rau, Schirmherrin der DB Stiftung.

das Kapitel der Eisenbahn im geteilten Deutschland zwischen 1945 und 1990 dokumentiert. Zur Eröffnung erschienen neben Zeitzeugen auch Gäste aus dem In- und Ausland. Neben originalen Artefakten aus dieser Zeit kommen ebenso wichtige Zeitzeugen zu Wort.

Intensive Forschungen ergaben, daß jedes Jahr ca. 500 Häftlinge für die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn im Einsatz waren. Die Ostdeutsche Bahn betrieb bis zum Fall der Mauer ein Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) in der Haftanstalt Brandenburg Görden. Auch dort wurden politische Häftlinge unter schwersten Arbeitsbedingungen

eingesetzt. Zur besseren Veranschaulichung läßt das Bahn-Museum Zeitzeugen zur Wort kommen.

Wenn auch im kleinen Rahmen, so würdigt die Bahn AG als einziges Unternehmen in Deutschland überhaupt die Haftzwangsarbeit in der DDR. Wünschenswert wäre, daß sich der Staatskonzern bereit erklärt, endlich auch die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn zu entschädigen.

DB Museum, Deutsche Bahn Stiftung gGmbH, Lessingstr. 6, 90443 Nürnberg; Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 9 bis 17 Uhr, Wochenende/Feiertage 10 bis 18 Uhr (Gilt nicht für 1.1., Karfreitag, 1.5., 24., 25. und 31.12.)

Peter Schneider

Bis ins dritte und vierte Glied...

(st) Zu einer Filmvorführung mit Podiumsdiskussion hatte die UOKG am 13. Juni in die Gedenkstätte Berliner Mauer eingeladen. Thema war „Das Leiden der 2. Generation – Die Kinder politisch Verfolgter“. Celia Rothmunds intensiver 60minütiger Dokumentarfilm „Zeit ohne Eltern“ erzählt die Familiengeschichten von Jana Simon und Franziska Kriebisch, die in der DDR aufwuchsen. Sie teilen die traumatische Erfahrung, von ihren Eltern plötzlich getrennt worden zu sein, weil diese von der Staatssicherheit verhaftet wurden. Während Janas Eltern 1984 mit den Kindern von Thüringen aus einen Fluchtversuch über die grüne Grenze wagen und gefaßt werden, verhaftet man Franziskas Eltern im gleichen Jahr in ihrer Wohnung in Schwerin, weil sie einen Ausreiseantrag gestellt haben. Franziska und Jana sind damals beide zehn Jahre alt, Jana kommt mit ihrem Bruder ins Kinderheim, Franziska mit ihrem Bruder zu den Großeltern.

Nach einem Jahr werden die Eltern entlassen. Die Kriebischs werden von der Bundesrepublik freigekauft, die Simons leben bis zum Mauerfall in der DDR. Ein normales Familienleben ist nicht mehr möglich. Das Erlebte hat tiefe Spuren hinterlassen. Aufgrund von Schuldgefühlen und Schuldzuweisungen brechen die Familien auseinander. Fast 20 Jahre später finden Eltern und Kinder wieder zueinander und reden. Den Anstoß dazu geben jeweils die Töchter. Nicht weniger bewegend als der Film war die anschließende Diskussion mit Protagonistin Franziska Kriebisch, Regisseurin Celia Rothmund, dem Psychotherapeuten Dr. Stefan Trobisch-Lütge und Moderatorin Isabel Fannrich-Lautenschläger. Daß Franziska Kriebisch noch immer mit dem Trauma ringt, war auch im Gespräch deutlich zu spüren. Das Ende einer Beziehung hatte bei ihr einen Zusammenbruch ausgelöst und die alten Wunden aufbrechen lassen. Verlustangst

und Depressionen gehören bei ihr zu den Spuren der Erfahrung. Dies wirke sich auch auf ihre eigene Tochter aus, denn sie müsse die „depressive Natur“ ihrer Mutter aushalten. Franziska Kriebisch hat kein Verständnis für eine Politik, die Flüchtlingen den Familiennachzug verweigert. Die Politiker wüßten einfach nicht, was das für die Betroffenen bedeute. Dr. Trobisch-Lütge hatte die Problematik durch Schilderungen von Eltern bei der Therapie kennengelernt. Direkt betroffene Kinder von politischen Häftlingen hätten besonders intensiv die Szenen von Verhaftung und Zusammenführung abgespeichert. Aber auch bei Nachgeborenen würde sich die Haft der Eltern niedergeschlagen. Zur Begrüßung hatte Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, die Frage gestellt: „Wie viel können wir im Leben selbst bestimmen und wie abhängig sind wir von den Entscheidungen Dritter?“ Darauf wurde keine umfassende Antwort gefunden, aber von dem Thema wird noch zu hören sein.



Kinder in Geiselhaft

UOKG-Verbandetreffen vom 30. Juni bis 1. Juli 2018 in Berlin

(st) Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski begrüßte die Vertreter der Verbände der UOKG, die sich zu ihrem Treffen diesmal im Gemeindesaal der St.-Laurentius-Pfarrgemeinde versammelt hatten. Nach ihm ergriff Roland Jahn (BStU) das Wort und sprach über seine Anliegen. Dazu gehört auch die Transformation seiner Behörde „in eine zukunfts-fähige Form“. Jahn plädierte dafür, alle BStU-Außenstellen zu erhalten, aber nur ein Archiv pro Bundesland.

Zum ersten großen Thema an diesem Wochenende referierte Dr. Ronald Gebauer. Er präsentierte die am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam erarbeitete Vorstudie „Dimensionen und wissen-

gefunden, bei 12 bis 16% sei (aus Sicht des Staates) eine Einwilligung nicht erforderlich gewesen und eine weitere Gruppe bestünde aus „unklaren Fällen“, deren rechtliche Grundlage nicht ersichtlich sei.

Zu Beginn der Mitgliederversammlung am Nachmittag wurde zunächst einiger Verstorbener in den Verbänden gedacht. Außerdem wurde Ewald Ott, langjähriger Finanzbuchhalter der UOKG, verabschiedet, der aus gesundheitlichen Gründen leider nicht anwesend war. Den Bericht des Vorstandes erstattete anschließend Dieter Dombrowski. Im letzten halben Jahr habe die UOKG u.a. eine Denkschrift zur Verwendung der PMO-Mittel an Ministerpräsidenten, Fraktionsvorsitzende und Regierung geschickt, Petitionen zum Thema Zwangsausgesiedelte und Rentenunrecht als Mitunterzeichner auf den Weg gebracht, sich für die Einrichtung eines Härtefallfonds in den Ländern (derzeit mit Erfolg in Sachsen) und in Berlin für die Erweiterung des Personenkreises des Berlin-Passes eingesetzt, ebenso für den regelmäßigen Inflationsausgleich

der Opferrente. Die UOKG habe ihren Forschungsbericht zum sexuellen Mißbrauch in der DDR abgeschlossen und vorgestellt sowie die o.g. Machbarkeitsstudie zur DDR-Zwangsadoption begleitet, eine Podiumsdiskussion zur Marx-Statue in Trier, eine Abendveranstaltung zur Problematik der Kinder ehemaliger politischer Häftlinge ausgerichtet und neben vielen anderen Aktivitäten zahlreiche Gespräche mit Entscheidungsträgern auf politischer Ebene geführt. – Der erste Tag wurde mit einem Grillabend im Gemeindergarten beschlossen.

Das zweite große Thema war „Die Frau am Checkpoint Charlie“. So wurde Jutta Fleck, die damals Gallus hieß, genannt. Sie demonstrierte an diesem Ort in den 80er Jahren für die Herausgabe ihrer Kinder aus der DDR. Jutta Fleck und ihre Tochter Beate Gallus waren zum Verbandetreffen gekommen, um von den damaligen Ereignissen selbst zu berichten. Die Mutter, ihre beiden Töchter, damals 9 und 11 Jahre alt, sowie der Le-

bensgefährte wollten 1982 mit Hilfe von Fluchthelfern über Rumänien flüchten. Das Unternehmen scheiterte, die Securitate nahm sie fest. Mutter und Töchter wurden getrennt. Jutta Gallus erhielt eine Haftstrafe von mehr als drei Jahren. 1984 wurde sie freigekauft, doch die Kinder blieben in der DDR.

An dieser Stelle berichtete Beate Gallus weiter, sie erzählte, was mit ihr und ihrer Schwester geschah. Zunächst kamen beide in ein Heim mit strengem Reglement, nach einem halben Jahr zu ihrem leiblichen Vater, der in der DDR lebte. Dort, so empfanden es die Kinder, besserte sich ihre Lage nicht, denn sie mußten nun einem äußerst rigiden Regelkatalog folgen, so daß sie eines Tages sogar zurück ins Heim flohen. Der Vater stand unter dem Druck staatlicher Stellen, die Mädchen sollten in der DDR bleiben und entsprechend erzogen werden. Nach dem Freikauf der Mutter ließ man sie weiterhin nicht ausreisen. Erst eine durch Flucht nach Berlin herbeigeführte Begegnung mit Anwalt Vogel führte zu Bewegung in ihrem Fall. Sie sollten jeden Monat einen Ausreiseartrag stellen. Schließlich kamen sie 1988, im Alter von 15 und 17 Jahren, frei und sahen das erste Mal ihre Mutter wieder. Die jahrelange „Geiselhaft“ ging nicht spurlos an ihnen vorüber. Beate Gallus erzählte, sie habe zunächst Schwierigkeiten in der Schule und mit der Verarbeitung ihrer Erfahrungen gehabt. Sie wurde Tänzerin und Choreographin, erst als sie ihre Vergangenheit in einem modernen Tanzstück verarbeitete, konnte sie sich innerlich lösen.

Dem sehr bewegenden Vortrag schloß sich die Ehrung Anita Goßlers, UOKG-Regionalbeauftragte für Berlin und bis Ende 2017 langjähriges Vorstandsmitglied, mit der Goldenen Ehrennadel der UOKG an. Das nächste Verbandetreffen ist für den 24./25. November 2018 geplant. 🇩🇪



Beate Gallus erzählt von der Zeit der Trennung.

schaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsverfahren 1966–1990“. Ziele seien die Bestandsaufnahme der Aktenlage, die Machbarkeit, die Erforschung von Dimension und wissenschaftlicher Nachprüfbarkeit der politischen Motivation sowie Überlegungen zu einer Hauptstudie gewesen. Die „politisch motivierte Adoption in der DDR“ wurde definiert als staatliche Herausnahme der Kinder aus einer Familie und ihre Eingliederung in eine andere Familie gegen den offensichtlichen Willen der leiblichen Eltern, wobei die Ahndung von Verhaltensweisen der Eltern dabei das zentrale Motiv darstellte. Zum Charakter der politisch motivierten Adoption fanden die Forscher heraus, daß es kein einheitliches Verfahren für alle Fälle gab, ebenso sei die Zwangsadoption kein über 40 Jahre systematisch angewandtes Verfahren zur Repression politisch unliebsamer Eltern gewesen. Von allen Adoptionen in der DDR zwischen 1972 und 1989 habe bei 4 bis 7% eine „Ersetzung“ der elterlichen Einwilligung statt-



Anita Goßler mit Dieter Dombrowski nach der Ehrung.

Einladung

XXVIII. Mahn- und Gedenktreffen der Initiativegruppe
Lager Mühlberg e.V. in Mühlberg/Neuburxdorf

Programm

Freitag, 31. August 2018

Informationsveranstaltung

17.00 Uhr: Eröffnung im Rathausaal der
Stadt Mühlberg/Elbe

17.15 Uhr: Vortrag „Auf den Spuren des
GULag im postsowjetischen Rußland“
Referentin – Dr. Inna Klauser, Göttingen,
Dramaturgin am Göttinger Symphonie-
orchester, Verfasserin des Buches „Der
Klang des Gulag“ (Dissertation) Musik

und Musiker in den sowjetischen Zwangs-
arbeitslagern der 1920er bis 1950er Jah-
re, Göttingen unipress 2014

19.00 Uhr: Gemeinsames Abendessen

Sonnabend, 1. September 2018

XXVIII. Mahn- und Gedenktreffen

9.30 Uhr: Gedenkveranstaltung auf dem
Friedhof in Neuburxdorf

10.30 Uhr: Gottesdienst im Zelt am La-
gergelände

Predigt – Pfarrer Torben Linke, Bad Lie-
benwerda

Musik – Chor der Kantorei Mühlberg

11.30 Uhr: Gedenkveranstaltung am
Hochkreuz

Gedenkrede – Dr. Dietmar Woidke, Mini-
sterpräsident des Landes Brandenburg (an-
gefragt); Musik – Posaunenchor Mühlberg

Anschließend ist Zeit für Gespräche und
zur Begegnung im Zelt. Hier können zum
Preis von 5,- Euro Mittagessen sowie Kaf-
fee und Kuchen eingenommen werden.

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und
der Beauftragten des Landes Branden-
burg zur Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur (LAKD) 

Meinung

Erwiderung

Zum Editorial „Politischer Offenbarungs-
eid“, Aug. 5/2018, S. 2

Den Inhalten des Editorials von Horst
Schüler kann man sich zumeist anschlie-
ßen, denn der Autor trägt in der Regel
mit der Erhellung wichtiger Themen mit
Opferbezug zur Klarstellung bei. Seinen
Beitrag aus 5/2018 kann man allerdings
nicht unkommentiert stehen lassen. In
seinem Text „Politischer Offenbarungs-
eid“ unterliegt er einem dreifachen Irr-
tum:

Zum ersten wird Frau Merkel vorgewor-
fen, ihren Amtseid gebrochen zu haben,
indem sie Entscheidungen trifft, die gut
für Europa, aber nicht für Deutschland
seien. Was für eine geschichtsverges-
sene, absurde Aussage! Deutschland
ist ohne Europa, ohne die EU nichts!
Deutsche und europäische Interessen
gegeneinander auszuspielen, ist einfach
nur dumm und beweist Unbelehrbarkeit.
(West-)Deutschland hat Europa nach dem
2. Weltkrieg alles zu verdanken: die Inte-

gration in den Westen, die Aussöhnung
mit Frankreich und schließlich die Unter-
stützung bei der Wiedervereinigung, vor
allem einen dauerhaften Frieden, auch
durch die politische und militärische Ein-
bindung Deutschlands in das europäische
Haus. Soll etwa „Germany first“ die Al-
ternative zu einem solidarischen, rechts-
staatlichen und multinationalen Europa
sein? Zurück in die gefährlichen Natio-
nalismen des 19. Jahrhunderts? Stößt die
Angst der Merkel-Kritiker vor der einfäl-
tigen „Umvolkungsthese“ jetzt auch bei
Stasi-Opfern auf fruchtbaren Boden?

Genauso klingt aber Schülers Argumenta-
tion. Sind Staaten wie Polen, Ungarn und
jetzt auch Italien, die zum Teil rechtspopu-
listischen Parolen nachlaufen, die Schritt
für Schritt die Rechtsstaatlichkeit außer
Kraft setzen, ein Vorbild für Deutschland?
Nur weil Aust und andere Drübersteher
sich „vernünftig“ geben und ins AfD-
Horn blasen, müssen wir, die Opfer des
SED-Staates, das auch tun? Nein, sage
ich. Wir haben hoffentlich gelernt, daß
nationale Alleingänge früher und heute
nichts Gutes verheißen. Mitterand sagte
zu Recht: Le nationalisme c'est la guerre!

Hängt, zum zweiten, unser Glück oder
Unglück von Einwanderungszahlen, die
bekanntermaßen rückläufig sind, ab?
Wer von uns hat deshalb weniger Rente,
weniger Lohn in der Tasche? Wer leidet
finanziell unter der Aufnahme von Kriegs-
flüchtlingen und Verfolgten? Haben wir
nicht genau deshalb ein Asylgrundrecht
als Konsequenz aus den Untaten der Na-
tionalsozialisten? Statt dessen sollten wir
eine vernünftige Integration unterstützen,

wir haben in allen Wirtschaftssektoren
Arbeitskräftemangel.

Zum dritten: 2015 gab es keine organi-
satorischen Vorbilder, keinen Masterplan,
kaum historische Beispiele für die Be-
wältigung der Massenflucht, und natur-
gemäß wurden Fehler in verschiedenen
Bereichen gemacht, auch aufgrund von
Überforderung und organisatorischen
Defiziten. Aber vom „Rausch grenzen-
loser Barmherzigkeit“ zu sprechen, ist
einfach nur zynisch. Die Menschen am
Münchner Hauptbahnhof, die das Bild
der deutschen Willkommenskultur ge-
prägt haben, haben Deutschland mensch-
lich und barmherzig gezeigt, es war eine
humane Geste. Dies kleinzureden und
abzuwerten, zeugt von Inhumanität und
Geschichtslosigkeit. Wir sollten die Bun-
desregierung bei ihrem Bemühen um ein
Einwanderungsgesetz und eine Asyl-Re-
gelung konstruktiv unterstützen, anstatt
sie zu schwächen. Die populistische Het-
ze gegenüber einer gewählten Regierung
schadet Deutschland nämlich tatsächlich,
sie schwächt Deutschlands Position inner-
halb der EU, und sie schwächt uns Bür-
ger, weil wir ohne das Dach der EU ange-
sichts von Globalisierung, Handelskriegen
und fortschreitendem Unilateralismus
handlungsschwach sind. In einem starken
Europa ist auch Deutschland stark. An-
gela Merkel handelt richtig, wenn sie
EU-Recht über deutsches Recht stellt.
Gerade die Opfer von Gewalt sollten sich
in Solidarität üben und nicht eine Opfer-
hierarchie unterstützen, unter der sie
selbst jahrelang gelitten haben.

Wolfgang Welsch

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 18. und 25. August sowie
am 1., 8., 15. und 22. September, 14.00 Uhr: Stadt-
rundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolu-
tion“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Kooperative Gedenkveranstaltung

73 Jahre nach dem Gewaltmarsch rund 5000 Gefangener vom sowjetischen Speziallager Weesow nach Sachsenhausen

Mit der Verlegung der Internierten aus dem völlig überfüllten Lager Weesow in das vormalige KZ Sachsenhausen begann dessen „Nachnutzung“ durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD für zumeist deutsche Gefangene.

Entfernt lebende Angehörige und Nachkommen der Speziallager-Toten reisen bereits am Freitag nachmittag nach Oranienburg.

Öffentliche Einzel-Veranstaltungen finden statt am

Samstag, 25. August 2018

10.00 Uhr: Totengedenken bei den Massengräbern im Forst zwischen Oranienburg und Schmachtenhagen (400 m nördlich der B 273; der Parkplatz an der Bundesstraße ist ausgeschildert, der zu den Gräbern führende Weg bei Waldbrandgefahr für jegliche Fahrzeuge gesperrt).

10.45 Uhr: Gedenken und Kranzniederlegung bei den Sachsenhausener Massengräbern „An der Düne“ (nahe Hinweistafel und Parkbuchten an der Carl-Gustav-Hempel-Straße).

14.00 Uhr: Treffpunkt in der ehemaligen Häftlingswäscherei im Lagerdreieck der

Gedenkstätte Sachsenhausen (Zugang vom Besucherinformationszentrum, Straße der Nationen 22), Begrüßung und Einführung von Dr. Enrico Heitzer (wiss. Mitarbeiter der Gedenkstätte) in die folgenden Besichtigungen

- der Werkstattausstellung „Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen: Haftalltag und Erinnerung“ sowie
- der Sammlungsobjekte zum sowjetischen Speziallager im neuen Depot der Gedenkstätte mit Agnes Ohm (Leiterin des Depots).

Im Anschluß an die Veranstaltung lädt die Gedenkstätte zu Kaffee und Kuchen ein.

Sonntag, 26. August 2018

11.00 Uhr: Kooperative Veranstaltung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. an den Gräberfeldern beim ehemaligen Kommandantenhof (W.-Rathenau-Str., Ecke E.-Schmitt-Str., bei Regenwetter in der ehem. Häftlingswäscherei).

Begrüßungen:

Dr. Axel Drecoll (Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten) und

Joachim Krüger (Vorsitzender der AG Lager Sachsenhausen 1945–1950)

Ansprachen:

Dr. Martina Münch (Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg – angefragt),

Ralf Wieland (Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin),

Hubert Polus (Internierter in Sachsenhausen bis 1948);

Gebet mit Pfarrer Friedemann Humburg (ev. Nikolai-Kirche Oranienburg),

Kranzniederlegung, Musik: Bläserchor Bergfelde-Schönfließ

12.10 Uhr: Gedenken und Kranzniederlegung am Stein für die Opfer des Stalinismus am ehemaligen Tor zwischen den Lagerzonen 1 und 2 (anschließend wenige Minuten Fußweg zur ehem. Häftlingswäscherei – dort)

12.30 Uhr: Imbiß der GMS mit letzter Gelegenheit zum individuellen Informations- und Gedankenaustausch.

Die Gedenkveranstaltung wird gefördert mit Mitteln der LAKD Brandenburg und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Eventuelle Anfragen bitte an die Schriftführerin der Arbeitsgemeinschaft, Frau Pense, E-Mail: mariagnes_p@yahoo.de 

Abschied

Prof. Dr. Siegfried Jenkner, der dank seiner Publikationen und öffentlichen Auftritte bei wissenschaftlichen Konferenzen weit über den Kreis der Workutaner hinaus bekannt geworden ist und der durch seine verbindliche und warmherzige Art viele Freunde gewonnen hat, ist am 20. Juni 2018 nach lang anhaltender schwerer Krankheit im Alter von 87 Jahren in seinem Wohnort Hannover verstorben. Um ihn trauern nicht nur seine Angehörigen, sondern auch viele Kameraden, die mit ihm die bitteren Jahre in Workuta geteilt haben. Viele von ihnen hielten bis kurz vor seinem Tod einen engen Kontakt zu ihm.

Siegfried Jenkner hatte an der Universität Leipzig Zeitungswissenschaften

studiert, als er aus dem Studentenleben gerissen wurde. Nach einigen Tagen im Gefängnis in Leipzigs Wächterstraße wurde er an die Russen übergeben, die ihn in das berüchtigte Kellergefängnis in der Bautzner Straße in Dresden brachten, wo er nach ca. vier Monaten zu zweimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Wie auch viele andere Workuta-Häftlinge, wurde er nach dem Paragraphen 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches der „antisowjetischen Agitation und Propaganda“ sowie der „Spionage“ bezichtigt. Es folgte zunächst die Verbringung in das Zuchthaus Berlin-Lichtenberg. Von dort ging es über Brest, Gomel, Moskau und Wologda weiter nach Workuta, wo er den größten Teil seiner Haft im Kohlebergbau verbrachte. Erst anderthalb Jahre nach Stalins Tod wurde er in die Freiheit entlassen.

Nach seiner Rückkehr studierte Siegfried Jenkner in Wilhelmshaven. Nach der Promotion wurde er auf einen Lehrstuhl an die Universität Hannover berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung tätig war. In den antikommunistischen Widerstand ging er wohl vorwiegend wegen der unhaltbaren Zustände an der Universität Leipzig und der fortdauernden ideologischen Indoktrination sowie der allgemeinen Unfreiheit im kommunistischen Staat. Nach der Entlassung ging er unverzüglich in die Bundesrepublik, wo er nach dem Studium seine berufliche Karriere aufbaute. Er hielt den Kontakt zu vielen seiner ehemaligen Mitgefangenen aufrecht und nahm auch an den Veranstaltungen der Lagergemeinschaft Workuta teil. Mit Siegfried Jenkner verlieren wir einen aufrechten Kämpfer für Demokratie und Freiheit.

Werner Gumpel

„Flucht“ nach Nowgorod

Eigentlich wollten weder meine Frau noch ich je in die Sowjetunion, das Land unserer Besatzer, reisen. Seit dem Kriegsende verspürten wir stets ein gewisses Unbehagen beim Anblick sowjetischer Truppen. Warum es dennoch zu diesem „Ausflug“ nach Nordrußland kam, ist der wesentliche Inhalt des folgenden Berichts.

Am 5. Dezember 1973 wurden alle Ärzte des Kreiskrankenhauses Prenzlau in der Uckermark zu einer außerordentlichen Zusammenkunft in den Konferenzraum beordert. Wir erfuhren zu unserer großen Überraschung, daß der Chefarzt Dr. Hans-Joachim Gutschmidt (geb. 10.10.1934 in Neuruppin) mit seinen beiden ältesten Söhnen die DDR illegal hatte verlassen wollen und bei einem „Republikfluchtversuch“ festgenommen worden war. Nach einer kurzen „Information“ durch die Betriebsleitung sollten alle Ärzte des Kreises Prenzlau eine bereits vorbereitete boshafte Erklärung unterschreiben, in der das Verhalten unseres Dialyse-Chefs „auf das Schärfste“ verurteilt wurde. Das

Kreiskrankenhauses und der Poliklinik Prenzlau sowie der angeschlossenen ambulanten Einrichtungen. – Die versuchte Republikflucht des ehemaligen Chefarztes der Dialyseabteilung Dr. Gutschmidt verurteilen wir auf das Schärfste und distanzieren uns eindeutig von seinem Verhalten. Durch seine schwere Verfehlung hat er das Vertrauen mißbraucht, daß den Ärzten in unserem Staat entgegengebracht wird. Mit den ärztlichen Pflichten ist es unvereinbar, daß durch diese verantwortungslose Handlungsweise Patienten unmittelbar gefährdet wurden. Wir erwarten, daß Dr. Gutschmidt zur Rechenschaft gezogen und nach den Gesetzen der DDR einer Strafe zugeführt wird.“

Bis auf die Chefärztin der Pädiatrischen Abteilung, Frau MR Dr. Irene Kersten, die eine mildere Version bevorzugte und einer „Verurteilung auf das Schärfste“ nicht zustimmte, hatten mit Ausnahme von mir alle Kollegen diese maligne Schmähschrift bereits unverändert signiert. Die Beschuldigung einer unmittelbaren Gefährdung

der Patienten war völlig haltlos und aus der Luft gegriffen, denn Dr. Gutschmidt hatte einen langen Jahresurlaub beantragt, den die Betriebsleitung bereits genehmigt hatte. Für seine Vertretung in den nächsten vier Wochen war somit gesorgt. Damit war eigentlich allen klar, daß die ärztliche Besetzung der Dialyseabteilung in der nächsten Zeit voll garantiert war und seine

„Flucht“ nicht gegen die ärztliche Ethik verstieß. Einen Mitarbeiter zu verleumden, war meine Sache nicht. Dennoch habe ich zu der völlig haltlosen Beschuldigung bei der Zusammenkunft geschwiegen, weil ein öffentliches Aufbegehren für Dr. Gutschmidt, der sich bereits seit Tagen in den Fängen der Staatssicherheit befand, sowieso nichts bewirkt hätte. Noch heute schäme ich mich dafür, denn ich hätte als einer der Chefärzte im Kreise der Kollegenschaft etwas dazu sagen können und müssen, selbst dann, wenn bei meinem Eintreten für Dr. Gutschmidt unter Umständen erhebliche persönliche Nachteile zu befürchten waren. Doch der Zwang des streng reglementierten DDR-

Systems erwies sich leider stärker als jede Vernunft.

Nur wenige Tage zuvor hatten mein Oberarzt Dr. Horst Burrmann und ich bei einem Gläschen „Rotkäppchen-Sekt“ in Dr. Gutschmidts Wohnzimmer Probleme bei der gemeinsamen Behandlung schwerster kritischer Zustände bei zuckerkranken Patienten diskutiert. Bei dem Abschied von Dr. Gutschmidt ahnten wir nicht, daß es eine Trennung für anderthalb Jahrzehnte sein würde.

Jedenfalls war ich trotz meines Schweigens nicht bereit, diese schandbare Erklärung zu signieren. Meine fehlende Unterschrift wurde durch häufige Telefonate und den Besuch meines Chefs in den frühen Nachtstunden in meiner Wohnung dringend verlangt. Auch am Folgetag habe ich trotz zunehmender Bedrängnis diese Liste nicht unterzeichnet. Heute würde man das Verhalten der Betriebsleitung neudeutsch sicher als „Mobbing“ bezeichnen, ein Ausdruck, der damals noch nicht bekannt war. Jedenfalls fühlte ich mich sichtlich genervt. Ein Ende dieser sicher noch „milden“ Form des Psychoterrors war nicht abzusehen, eine Verschlimmerung war hingegen in den nächsten Tagen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu befürchten.

Der unvorhergesehene Ausweg – die kurze „Flucht“ nach Nowgorod.

In der Tageszeitung „Freie Erde“, dem SED-Pressorgan des Bezirkes Neubrandenburg, wurde zufällig als Sonderangebot kurzfristig eine Reise nach Nowgorod in der Sowjetunion angepriesen. Ich hatte großes Glück und erhielt sowohl die gewünschte Reise als auch den beantragten Urlaub und konnte auch meine Frau mitnehmen. Als wir aus der schönen nordrussischen Stadt nach einer Woche zurückkamen, war die Liste mit meinem links vorgedruckten Namen bereits an die „Rechtsorgane“ nach Neubrandenburg abgeschickt worden. Rechts stand neben meinem Namen an der Stelle, an der ich unterschreiben sollte: „Urlaub“. Mein aus Sicht der damaligen Betriebsleitung sicher „störrisches“ Verhalten hatte mein Chef nicht weitergemeldet, denn in meiner Stasi-Akte fand ich darüber kein Wort. Offensichtlich hatte mich der Ärztliche Direktor des Kreiskrankenhauses Prenzlau, OMR Dr. Döring, der den Zweck meiner Rußlandreise sicher längst durchschaut, nicht behindert und damit indirekt toleriert hatte, wieder einmal geschützt.

Heinz Schneider



Die Sophien-Kathedrale in Nowgorod.

Klima war eisig und die Stimmungslage sehr gedrückt, denn Dr. Gutschmidt war bei allen Kollegen sehr beliebt. Er war hilfsbereit, anspruchslos und bescheiden. Als Gründer der Dialyseabteilung und anerkannter Nierenspezialist hatte er das Profil des Prenzlauer Krankenhauses seit 1969 erheblich bereichert.

Jetzt sollte die Ärzteschaft seinen Versuch, die DDR zu verlassen, als schwere Verfehlung ansehen und als Kollegen eine strenge Bestrafung fordern. Die Gründe für seine „Flucht“ in die Bundesrepublik Deutschland wurden uns bewußt verschwiegen. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „Erklärung – Die Ärzte des

Veranstaltungen

15.8. (Mi), 18.00 Uhr:

Lesung **„Heilende Wunden“** mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg; Ort: DDR-Museum Perleberg, Feldstr. 98A, 19348 Perleberg

15.8. (Mi), 19.00 Uhr:

Warnemünde geheim. Stasi-Stadtgeschichte(n), Vortrag u. Gespräch, Ref. Dr. Michael Heinz, Historiker, BStU; Veranstaltung d. Heimatmuseums Warnemünde u.a.; Ort: Heimatmuseum Warnemünde, Alexandrinenstr. 31, 18119 Rostock-Warnemünde

21.8. (Di), 18.00 Uhr:

Konzert und Vortrag aus Anlaß des 50. Jahrestages der Niederschlagung des Prager Frühlings. Erinnerung an Jan Palach; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

21.8. (Di), 18.00 Uhr:

„Erinnerung braucht Orte“, Präsentation des Bandes „Orte des Erinnerns – Denkmäler, Gedenkstätten und Museen für die Opfer des Kommunismus weltweit“, anschließend Gespräch mit Darius Jonas Semaška, Botschafter d. Republik Litauen, u. Markus Meckel, Vorsitzender d. Stiftungsrates d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

21.8. (Di), 19.00 Uhr:

Geheimes, Vergessenes, Verdrängtes. Rostocker Stasi-Stadtgeschichte(n), Vortrag u. Gespräch, Ref. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

25.8. (Sa), 14.30 Uhr:

Samstag im Archiv. **Zersetzungs- methoden der Stasi**, Führung, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Historikerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin; Ort: BStU Außenstelle Schwerin, Görs-low, Resthof, 19067 Leezen

29.8. (Mi), 17.00 Uhr:

„Im Namen des Volkes“. Über die Justiz im Staat der SED, Ausstellungseröffnung und Podiumsgespräch zum Thema „Aufarbeitung der DDR-Justiz“ mit Prof. Johannes Weberling, RA u. Schriftleiter der „Neuen Justiz“, Frankfurt/O., Berlin, Roland Jahn, BStU, Wolfgang Brinkschulte, MDR; Veranstaltung d. Deutschen Juristentages u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

4.9. (Di), 17.00 Uhr:

Lesung **„Heilende Wunden“** mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg; Ort: Stadt-

Die Oderberger Straße

In der Reihe „Berliner Orte“ hat der be.bra Verlag im vergangenen Jahr auch das Buch „Die Oderberger Straße“ von Nadja und Freya Klier herausgebracht. Diese Straße ist über 140 Jahre alt und liegt im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. Nadja, die Tochter, und Freya Klier, die Mutter, haben hier von 1978 bis Anfang 1988 gelebt. Sie erzählen gemeinsam die Geschichte der Oderberger von ihren Anfängen bis in die heutige Zeit. Das kleine Buch ist in zumeist kurze Kapitel untergliedert, die Autorinnen wechseln sich im Erzählen ab.

Nadja Klier widmet sich zunächst der Zeit vom Bau der Straße bis zum Bau der Mauer, die an diesem Ort eine beträchtliche Rolle spielt, denn die Oderberger grenzte an einem Ende daran. Angelegt wurde die Straße zwischen 1871 und 1873 als städtebauliche Erweiterung in einem ständig wachsenden Arbeiterbezirk. Zu den frühen architektonischen Besonderheiten gehörte die Feuerwache von 1883, die 2013 ihr 130jähriges Bestehen als älteste noch in Betrieb gehaltene Berufsfeuerwehr Deutschlands feierte. Ein Architekturdenkmal ist zweifellos auch das bis heute erhaltene Stadtbad Oderberger Straße. Erbaut 1899, sollte es zunächst dafür sorgen, mit Wannenbädern und einer Schwimmhalle den hygienischen und gesundheitlichen Standard der Bevölkerung zu heben.

Nordwestlich stößt die Oderberger Straße auf die Eberswalder, die nach Westen in die Bernauer Straße übergeht. Und genau an diesem Übergang verlief am 13. August 1961 auch die Stacheldrahtsperre als Vorläufer jener Mauer, die dann bis zum 9. November 1989 die Stadt Berlin teilen sollte. Freya Klier, damals noch ein Kind, hat über die Reaktionen auf den Mauerbau im Bereich Oderberger Straße interessante Geschichten herausgefunden. „An der noch provisorischen Mauer setzt sich ein großer Einfallsreichtum frei, wie man das Ungetüm überwinden könnte.“

Studenten und Professoren der Meisterschule für Grafik, Druck und Werbung in Berlin-Charlottenburg müssen im September 1961 feststellen, daß ein Drittel der Lehrer und Schüler bei Semesterbeginn nicht zurückkehren kann. Sie leben in Ost-Berlin. So gründet das Studentenparlament eine Fluchthilfegruppe. Fluchtweg soll der nicht gesperrte Abwasserkanal

zwischen Ost- und Westsektor werden. Als Einstiegspunkt wird der unterirdische Zusammenfluß von Eberswalder und Oderberger Straße gewählt. Auf diesem Weg gelangen sieben Menschen in die Freiheit.

Auch an der Technischen und an der Freien Universität West-Berlins haben sich studentische Fluchthilforganisationen gebildet. 1963 wird die Oderberger wieder zum Schauplatz eines spektakulären Unternehmens. Vom westlich gelegenen Güterbahnhof unter der Mauer hindurch wird ein Tunnel gegraben, der im Schuppen eines Hinterhofs dieser Straße enden soll. Als er fertig ist, wird der Fluchtplan jedoch verraten.

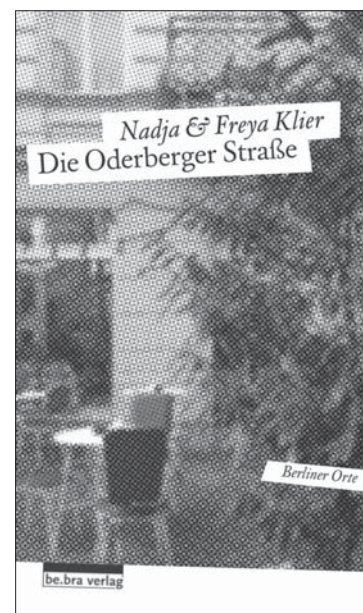
Am Ende werden 21 Menschen verhaftet, der Tunnel wird aufgerissen und demonstrativ mit Beton zugeworfen. Unlängst hat man ihn bei Bauarbeiten wiederentdeckt (s. Ausg. 3/2018, S. 3).

1964 entsteht in der Nähe des Grenzschnitts Eberswalder/Oderberger Straße der wahrscheinlich berühmteste Tunnel

– Tunnel 57, er ist 145 Meter lang. Der Chefredakteur des „Stern“, Henri Nannen, hat ihn mitfi-

nanziert, und einer der Fluchthelfer ist der spätere Astronaut Reinhard Furrer. Nachdem 57 Menschen in die Freiheit entkamen, wurde die Aktion entdeckt und ein Schußwechsel schloß sich an. Dabei kam der DDR-Grenzsoldat Egon Schultz ums Leben. Die Regierung der DDR erhob ihn zu einer Art sozialistischem Märtyrer und benannte Straßen und staatliche Einrichtungen nach ihm. Der tatsächliche Obduktionsbefund wurde von der DDR bis 1989 streng geheim gehalten.

Auch die Schilderungen der späteren Jahre, des Mauerfalls und der weiteren Entwicklung der Oderberger Straße und ihrer Bewohner sind spannend geschrieben und ausgesprochen lesenswert.



.....
Nadja u. Freya Klier: Die Oderberger Straße, be.bra Verlag 2017, 143 S., 12,- €
.....

Gertrud Röder

Voll daneben

Fotograf „mit zärtlicher Beziehung“

Nicht nur der Titel dieses Buches ist wegen des schrägen Kauderwelsch-Deutchs „Voll der Osten“ auf den ersten Blick „voll daneben“, auch der Inhalt macht den informierten Betrachter auf den zweiten Blick fassungslos. Wer als Käufer des Buches erwartet, Bilder aus dem „Osten“, also aus der 1990 abgeschafften Deutschen Demokratischen Republik, betrachten zu können, wird „voll enttäuscht“. Die ruinösen Häuser der Altstädte von Stralsund, Quedlinburg, Görlitz oder Weimar sind ebenso wenig zu sehen, wie die

landesweit omnipräsenten Parteilosungen, die Karl-Marx-Bilder in den Gemüse- oder Dessousläden von Erfurt, die zum Fahnenappell angetretenen Kinder in ihren Pionieruniformen, die verfallenen Fabrikanlagen in Sachsen oder die permanenten Jubelveranstaltungen mit fähnchenschwenkenden Werktätigen überall zwischen Ostsee und Erzgebirge.

Fotokünstler Hauswald, nach eigenen

Angaben als 24-Jähriger im Jahre 1978 von Sachsen nach Ost-Berlin umgezogen und dort in gelegentlichen Jobs als Restaurator oder Fotolaborant tätig, hat bis 1990 viele Mitbewohner in seiner unmittelbaren Umgebung geknipst: Zwei Omas mit fescen Hüten (Seite 42), zwei Kinder mit ihrem großen Hund (Seite 52), ein zufriedenes Paar mit Kind vor der Bücherwand (Seite 54), Punks in der Disko, Punkerpärchen, Punker beim Hinterhofkonzert, eine junge Schnapsleiche auf der Straße liegend (Seite 26), Zecher in der Kneipe, zwei traurige Frauen im Altenheim (Seite 17), eine ausgelassene Tänzerin mit fetten Oberschenkeln (Seite 41), marschierende Soldaten und ein winziges Stück Betonmauer der Sperranlagen, „was andere Fotografen für uninteressant hielten“, wie der Verlag mitteilt. Das weitere Anliegen des Prenzlauer Berg-Chronisten erklärt der Verlag so: „Doch

seine Fotografie ist weniger subversiv und vielmehr eine Liebeserklärung an die Menschen in der DDR. Zwischen den Fotografierten und dem Fotografen entsteht für einen kurzen Moment eine fast zärtliche Beziehung, die sich bis heute auf den Betrachter überträgt.“

Auf mich hat sich durch die seltsamen Schnappschüsse keine „zärtliche Beziehung“ übertragen, denn ich kenne die graue DDR aus langjähriger eigener Anschauung und außerdem aus beruflicher Sicht als Fotoreporter wahrscheinlich genauer, als der Berliner aus seiner begrenzten Wohnviertel-Perspektive. Solche privaten Ansichten, wie sie Fotograf Hauswald in dem Buch vorstellt, das ein „Begleitbuch“ einer mit Steuermitteln finanzierten gleichnamigen Foto-Wanderausstellung (Auflage 2000 Exemplare) für die „schulische und außerschulische Bildungsarbeit“ ist, sind keinesfalls typisch für das „Leben in der DDR“ (Untertitel des Buches), auch wenn Verlag und Bundesstiftung das in folgendem Werbesatz zu suggerieren versuchen, Zitat: „Die packenden Bilder Hauswalds und die einfühlsamen Texte Wolles vermitteln ein ungeschminktes Bild von der DDR-Realität, an die sich heute selbst Zeitzeugen kaum mehr erinnern.“

Einer der „einfühlsamen Texte“ des Autors Stefan Wolle auf Seite 122 scheint das Motto der verbalen und optischen Verklärungsaktion des Buches zu sein, Zitat: „Auf jeden Fall ermöglichte das Miteinander der Menschen ein würdevolles Überleben trotz aller Widrigkeiten, und es läßt das Leben im Osten rückblickend als wertvoll und wichtig erscheinen.“

Die Bilder im Buch und in der Ausstellung liefern drei Jahrzehnte nach der sogenannten friedlichen Revolution, nach Mauerfall und Wiedervereinigung wichtige optische und verbale Belege zur Verklärung der sozialistischen Diktatur. Billig war das nicht. Allein für die Digitalisierung der umfangreichen Bildersammlung aus dem Stadtbezirk Prenzlauer Berg sollen 200 000 Euro Steuermittel ausgegeben werden. Ehemals Verfolgte werden solche Informationen mit Schaudern lesen.

Uwe Gerig



Harald Hauswald, Stefan Wolle: *Voll der Osten. Leben in der DDR*, Jaron Verlag 2018, 128 S., 12,- €

Veranstaltungen

museum Christian-Wolff-Haus Halle/ Saale, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle/S.

4.9. (Di), 18.00 Uhr:

Spionage im Spiegel der europäischen Geschichte – von Daniel Defoe bis Günter Guillaume, Vortrag v. Thomas Lukow, Stasi-Museum Berlin; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

4.9. (Di), 18.00 Uhr:

„Rockmusik, Rebellion und freie Liebe“ – Die Jugendkulturen der 1960er Jahre, Vortrag u. Podiumsdiskussion mit Dr. Peter Wurschi, Lehrbeauftragter d. Uni Erfurt u. leitender wiss. Mitarbeiter d. Stiftung Ettersberg, Katja Lange-Müller, Schriftstellerin, Rainer Langhans, Autor u. Mitbegründer d. „Kommune 1“, Prof. em. Dr. Axel Schmidt, ehem. Direktor d. Forschungsstelle f. Zeitgeschichte u. Professor f. Neuere Geschichte an d. Uni Hamburg; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Die Russen kommen“, Spielfilm DDR 1968, 106 min, Regie Heiner Carow; Veranstaltung d. LAKD u.a. im Rahmen der Filmreihe „Zeitschnitt 2018“; Ort: Alte Reederei, Brandenburger Str. 38, 16798 Fürstenberg/Havel, Eintritt 3,- €

9.9. (So), 10.30 Uhr:

Lesung **„Heilende Wunden“** mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg, im Rahmen des Tages des offenen Denkmals 2018; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112 A, 01099 Dresden

9.9. (So), 12.00–18.00 Uhr:

Tag des offenen Denkmals „Entdecken, was uns verbindet“. **Der Prager Frühling 1968 und die Stasi**; ab 12.00 Uhr Archivführungen; 13.00 Uhr: Vortrag „Resonanz der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 im Bezirk Erfurt“; 14.00 Uhr: Vortrag „Die DDR-ČSSR-Grenze im Spiegel des Prager Frühlings“, Ref. Dr. Eugenie Trützschler von Falkenstein; 16.00 Uhr: Vortrag „Prager Frühling 1968 – Das Schicksal des Sportlerpaares Dana und Emil Zatopek im Blickfeld der Geheimdienste“, Ref. Thomas Purschke; mit Bürgerberatung, Ausstellungen, Publikumsverkauf u. Informationsstand; Veranstaltung d. Deutschen Stiftung Denkmalschutz u.a.; Ort: BStU Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

11.9. (Di), 18.00 Uhr:

Lesung **„Heilende Wunden“** mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg im Rahmen



Sigurd Binski – ein Kritiker der Diktaturen

der Finnisage der Ausstellung „Dunkelkammer Torgau“ von Katrin Büchel; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstraße 54, 14467 Potsdam

11.9. (Di), 18.00 Uhr:

„**Todesstreifen**“, Lesung u. Gespräch mit Raik Adam u. Dirk Mecklenbeck, Autoren, Mod. Anja Falgowski; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle/S. u.a.: Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle/Saale

12.9. (Mi), 18.00 Uhr:

Das Erbe des Kommunismus, Vortrag v. Jan C. Behrends, Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: DDR-Museum Perleberg, Feldstr. 98A, 19348 Perleberg

13.9. (Do), 19.00 Uhr:

„**Das Wirken der Stasi in Zeulenroda**“, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Katrin Pöhnert, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Stadtbibliothek Zeulenroda-Triebes, Markt 8, 07937 Zeulenroda-Triebes

18.9. (Di), 18.00 Uhr:

Die Schwarzenberg-Legende. Geschichte und Mythos im Niemandsland, Fotografien und Autorin Lenore Lobeck stellt die erweiterte Neuauflage ihres Buches vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

18.9. (Di), 19.00 Uhr:

Lesung „**Heilende Wunden**“ mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg; Ort: Gemeindehaus, Krämerstraß 4, 18565 Insel Hiddensee, Neuendorf

19.9. (Mi), 19.00 Uhr:

„**Höhenangst in Paris, böhmische Drachen und eine wenig bekannte Wiedergeburt. Reiseberichte aus Europa**“ Lesung und Gespräch mit Autorin Carola Jürchott, Mod. Detlef W. Stein, Verlagsleiter Anthea Verlag; Veranstaltung d. Anthea Verlages u.a.; Ort: Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, 10318 Berlin (direkt am S-Bhf. Karlshorst)

22.9. (Sa), 14.00 Uhr:

„**Auf den geheimen Spuren der Stasi in Halle**“, Führung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle; Ort: BStU Außenstelle Halle, Blücherstr. 2, 06122 Halle/Saale

26.9. (Mi), 20.00 Uhr:

„**Till Eulenspiegel**“, Spielfilm DDR 1975, 102 min, Regie Rainer Simon; Veranstaltung d. LAKD u.a. im Rahmen der Filmreihe „Zeitschnitt 2018“; Ort: Kornspeicher Neumühle, Neumühle 3, 16827 Neuruppin; Eintritt frei

(VT) Sigurd Binskis Leben (1921–1993) nahm mit der Verhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst am 30. März 1951 eine abrupte Wende, die in fünf Jahre schwerer Zwangsarbeit in Workuta münden sollte. Hier, in einer der unwirtlichsten Regionen der Erde und inmitten einer brutalen Realität, die an eine surrealistische infernalische Unterwelt erinnert, hat sich Sigurd Binski als bewunderungswürdiger Mensch bewährt. Seine schließlich aus gebührendem zeitlichem Abstand aufgezeichneten Erinnerungen



.....
Horst Hennig, Gerald Wiemers (Hg.): *Sigurd Binski – ein Kritiker der Diktaturen. Erinnerungen und Dokumente*, Leipziger Universitätsverlag 2018, 139 Seiten, 19,90 €
.....

an jene Jahre sind von größtem Bemühen um wahrheitsgetreue Sachlichkeit geprägt und brauchen den Vergleich mit großen literarischen Zeugnissen über die Welt des GULag nicht zu scheuen.

Zweifellos war sein Erleben einer blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Häftlingen am 1. August 1953 jener archimedische Punkt, der auch nach der endlichen Rückkehr nach Deutschland seiner Biographie eine Richtung gab – sich in jeder Situation einzusetzen für Recht, Freiheit und Menschlichkeit. Folgerichtig stand er gemeinsam mit Horst Schüler an der Wiege der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion und hat sie zeitlebens maßgeblich geprägt, wie er auch andernorts nach diesen Maximen handelte.

Der 25. Todestag von Sigurd Binski ist ein willkommener Anlaß, an diesen groß-

artigen Menschen zu erinnern, dabei ein dramatisches geschichtliches Kapitel unter heutigem Blickwinkel immer wieder zu durchdenken und so auch Orientierung in einer sich neu abzeichnenden Weltunordnung zu gewinnen. 

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel 

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

am 21. September, Eckhard Buße am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Rainer Anhalt, Uwe Behne, Joachim Bergter, Dr. Gottfried Dutschke, Horst Rüdiger Gnädig, Dr. Werner Friedrich Gruhn, Dr. Gisela u. Dr. Peter Jahn, Horst Kaczmarek, Klaus Krüger, Wolfgang Lehmann, Rolf Leonhard, Jürgen Lorenz, Gerd Lukoschus, Dr. Torsten Müller, Martha Irmgard Pfeifer, Kurt Scholz, Lothar Scholz, Sigrid Schulz, Dr. Hans-Joachim u. Dr. Cornelia Springer, Gerhard Täuber, Gerda Weisheit, Christa Weiske

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die Wahrheit triumphiert nie,
ihre Gegner sterben nur aus.

Max Planck

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. Juli 2018

